

LANDTAGS NACHRICHTEN

29. Mai

4 / 2013

www.landtag-mv.de



+++ Finanzspritze für die Kommunen +++ Bürgschaften für die Werften +++ 12 oder 13 Jahre bis zum Abitur? +++
Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern +++ Vom Fürstensitz zum Zentrum der Demokratie –
das Schweriner Schloss und seine Geschichte +++ Postkarten-Aktion mit Gewinnchance +++



3	GASTKOLUMNE	Karsten Herzog, Nachrichtenredakteur bei Ostseewelle Hitradio Mecklenburg-Vorpommern, zur Arbeit des Petitionsausschusses
4 – 21	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Land an der Seite der Kommunen – 100 Millionen Euro zusätzlich für Kreise, Städte und Gemeinde“
6 – 9	Berichte	Tätigkeitsbericht 2012 des Petitionsausschusses Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern Abiturreform – 12 oder 13 Schuljahre? Steuersünder konsequent verfolgen
10 – 11	Weitere Beschlüsse	Staatsvertrag Finanzvermögen Landesfischereigesetz – Angelschein für Kinder Kinder- und Jugendgesundheitsbericht Kommunales Schlaglochprogramm Ringen soll olympisch bleiben Immunitätsangelegenheiten Strafvollzugsgesetz / Sicherungsverwahrung
12 – 21	Original Debatte	Bauzeitfinanzierung Schiffbau – Bürgschaften für die Werften – Verantwortung von Bund und Land
22 – 25	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>P+S-Untersuchungsausschuss:</i> Zeugenvernehmungen <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Internationale Konferenz zur Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der Ostseeregion Gemeinsame Sitzung mit Finanzausschuss zur Dresdner Erklärung der Föderalismuskommission Plenartagung EU-Ausschuss der Regionen <i>Energieausschuss:</i> Gemeinsame Sitzung mit Sejmik Westpommern <i>Agrarausschuss:</i> Anhörung zum geplanten Waldtausch
26 – 30	SCHLOSSGESCHICHTEN	Vom Fürstensitz zum Zentrum der Demokratie – Das Meisterwerk des Historismus und seine 1000-jährige Geschichte Wiedereröffnung der Schlosskirche Zeitenwandel: Wechselvolle Zeiten
31	VORSCHAU	Zeitplan des Landtages 2014

Titelfoto: Das Schweriner Schloss (Uwe-Sinnecker)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Politik ganz dicht dran

Gerade in Wahljahren höre ich so manches Mal die Meinung: „Die da oben wissen doch gar nicht mehr, wie es uns kleinen Leuten tatsächlich geht.“ Wer von uns kennt es nicht, dieses Gefühl von Machtlosigkeit gegen Entscheidungen der Ämter, Einrichtungen und Behörden? Wenn es zum Beispiel die Bahnverbindung, mit der man bislang zur Arbeit fährt, künftig nicht mehr geben soll. Doch ganz so hilflos, wie wir vielleicht in solch einer Situation glauben, sind wir nicht. Denn der Landtag hat einen Petitionsausschuss, und der ist ganz nah dran an unseren Sorgen und Nöten.

Unsere Ärgernisse landen als Petition – oder einfach gesagt als Bittschrift, Ersuchen oder Beschwerde – beim Petitionsausschuss. Und dort zum Glück für uns nicht in irgendeiner Schublade. Im vergangenen Jahr konnten rund zwei Drittel der rund 700 Eingaben vom Petitionsausschuss mit einem für beide Seiten annehmbaren Kompromiss abgeschlossen oder ganz im Interesse des Petenten (was für ein Wort) geklärt werden. Das belegt der Jahresbericht 2012, der jüngst vorgestellt wurde.

Was Recht ist, muss Recht bleiben. Das gilt auch für den Petitionsausschuss des Landtages, doch oft geht es um Ermensfragen. Und so machen sich die Ausschussmitglieder selbst ein Bild vor Ort, sprechen mit Betroffenen, Behörden und Ämtern und suchen gemeinsam nach Lösungen.

„ Wer kennt nicht das Gefühl von Machtlosigkeit gegen Entscheidungen der Behörden? „

Die Themen, mit den sich der Ausschuss beschäftigt, sind so vielfältig wie das Leben. So gab es Beschwerden gegen die sogenannte Haushaltsabgabe anstelle der früheren Rundfunkgebühr. Oder den Unmut aus einer Kleingartensparte. Findige Laubenpieper hatten sich Stege über einen Graben an einer Seite außerhalb der Anlage gebaut. Schon über Jahre nutzten sie die Abkürzung. Doch auf einmal hieß es von der zuständigen Behörde, dass dies nicht ginge, die „Minibrücken“ müssten weg! Der Graben müsse ja unterhalten und gepflegt werden. Das aber hatten schon immer die Gartenbesitzer selbst getan. Fest steht: Die Behörden-



Foto: privat

Karsten Herzog ist Nachrichtenredakteur bei Ostseewelle Hitradio Mecklenburg-Vorpommern.

entscheidung ist rechtens, aber sicher keine Lösung für die Gartenfans. Also machten sie sich stark und wandten sich an den Petitionsausschuss. Letztlich gab es einen Kompromiss: Während der Saison dürfen die Bohlen-Stege liegen bleiben, außerhalb kommen sie weg.

Zugegeben, nicht immer kann der Petitionsausschuss helfen. So gab es den Fall einer schwerbehinderten Frau, die zehn Jahre arbeitslos war. Für sie gab es eine Chance auf einen Job, doch das Geld für die Fahrkarte zum Einstellungsgespräch in Koblenz hatte sie schlichtweg nicht. Das Jobcenter lehnte eine Kostenübernahme mit dem Hinweis ab, dafür doch Erspartes zu nutzen. So mögen die Bestimmungen sein, doch Erspartes von Hartz IV?

Wenn es bei uns in der Redaktionskonferenz heißt: „Termin beim Petitionsausschuss“, reiße ich mich darum. Immer auf der Suche nach Themen aus unserem Land, ist die Arbeit der Ausschussmitglieder eine wahre Fundgrube. Um Kritikern gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen: Es geht nicht darum, sich an solchen Schicksalen zu weiden oder die Rubrik: „Hier wiehert der Amtsschimmel!“ zu füllen. „Tja, aber was ist es dann?“, fragte mich ein junger Kollege, als es um den Jahresbericht für 2012 ging. Es ist die „Geschichte hinter der Geschichte“, die der Ausschuss bei seiner Arbeit oftmals aufdeckt.

Oft auch lässt sich schön um die Ecke denken. So gab es Beschwerden zum Verlauf einer Landstraße – so weit so gut. Doch warum findet man zwischen unseren Dörfern oder Städten manchmal kilometerlange schnurgerade Strecken, wie zwischen Bad Doberan und Wismar? Ein andermal sind sie umso kurvenreicher. Hübsch als Beitrag aufbereitet, lässt sich diese Frage unterhaltsam beantworten. Und wer hätte gedacht, dass der Petitionsausschuss der Auslöser war.

Ich werde auch weiterhin ein „wachsames Auge“ auf die Arbeit der Mitglieder haben. 2014 steht ein Termin für mich schon fest: die Landespressekonferenz zum nächsten Jahresbericht des Petitionsausschusses des Landtages.

Karsten Herzog

Streit um Zusatzpaket für Kommunen

Aufteilung des 100-Millionen-Euro-Programms spaltet Landtag

Das Land hat ein 100-Millionen-Euro-Hilfspaket für die Kommunen geschnürt. Doch in der Koalition schwelt der Streit um die Aufteilung der Gelder. Die CDU hat nach langem Ringen eine Pauschalzuweisung durchgesetzt. Die SPD hätte gern klare Ansagen, wo die Extra-Mittel eingesetzt werden, um nachhaltig Besserung zu erreichen. Ihre Fraktion beantragte das Thema der Aktuellen Stunde am 24. April im Landtag „Land an der Seite der Kommunen – 100 Millionen Euro zusätzlich für Kreise, Städte und Gemeinden“. Die Oppositionsfraktionen werteten in der Debatte die wiederholte Bereitstellung zusätzlicher Millionenbeträge als deutliches Zeichen dafür, dass das Land den Kommunen im regulären Finanzausgleich zu wenig Geld zuweist.

„Mit der Pro-Kopf-Aufteilung der 100 Millionen Euro wurde die Chance vertan, steuernd einzugreifen“, sagte der Kommunalexperte der SPD-Fraktion, **Heinz Müller**. Er verteidigte jedoch das bisherige Vorgehen, akuten Finanzproblemen der Kommunen mit Sonderzuweisungen zu begegnen. Im Grundsatz, Kommunen in einer „unbestritten schwierigen Situation zu helfen“, bestehe Einigkeit in der Koalition, über das Wie gingen aber die Meinungen auseinander, räumte er ein. Die SPD habe klarere Vorgaben für den Mitteleinsatz befürwortet und erwarte nun konkrete Vereinbarungen zwischen Land und Kommunen. „Es gibt starke und schwache Kommunen, die unterschiedlicher Hilfe bedürfen“, sagte Müller. Er erwarte, dass die Kommunen und Kreise die Pauschalzuweisungen nachhaltig nutzen.

Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender der Linken, warf der SPD/CDU-Regierung Konzeptionslosigkeit vor. Die Pro-Kopf-Verteilung sei zwar „formell gerecht“, aber „besonders mutig ist sie nicht“, sagte er. Es gebe durchaus Städte, Gemeinden und Kreise mit positivem Haushalt. Holter forderte die Regierung auf, den Kommunen einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen des Landes als die bislang gewährten 33,99 Prozent zuzubilligen. Regelmäßig Sonderprogramme aufzustellen, sei keine Lösung. „Die kommunale Unterfinanzierung ist kein Sonderfall eines bestimmten Jahres oder einer bestimmten Situation geschuldet. Nein, sie ist strukturell bedingt“, betonte er. Ohne eine generelle Änderung der Zuteilungsmodalitäten seien die Kommunen zunehmend in ihrer Existenz bedroht.

Innenminister **Lorenz Caffier** verteidigte den Kompromiss und nannte den Verteilungsschlüssel „nachvollziehbar“. Die Entscheidung über die Verteilung der zusätzlichen Gelder hätten auch der Städte- und Gemeindegtag und der Landkreistag mitgetragen. Das Geld komme allen kommunalen Ebenen – Kreisen, Städten und Gemeinden – zugute. Die 100 Millionen Euro sollen seinen Worten nach dort eingesetzt werden, „wo der Schuh am meisten drückt“. Das seien die Bereiche Investition, Sanierung und Modernisierung, aber auch Schuldentilgung und Anschubfinanzierung. Er forderte die Kommunen auf, das Geld „effektiv“ einzusetzen.

„Wer Hilfspakete ausreichen muss, hat sich vorher verrechnet oder dessen Politik ist nicht aufgegangen“, sagte der Grünen-Abgeordnete **Johannes Saalfeld**. Schon vier millienschwere Hilfspakete hätten seit 2011 aufgelegt werden müssen. „Das macht im Schnitt alle sieben Monate ein neues Hilfspaket“, rechnete er vor. Dies könne kaum als Erfolg verkauft werden. Ihn ärgere es, dass der Innenminister das Geld einfach mit der Gießkanne verteile und keinerlei „Lenkungswirkung“ zu erkennen sei. Die Kommunen müssten zudem stärker am Wachstum des Bruttosozialprodukts beteiligt werden. Dazu schlage seine Fraktion die Einführung einer Vermögensabgabe vor. Die Landesregierung forderte er auf, sich stärker in die Diskussion um den neuen Länderfinanzausgleich einzubringen.

Fotos: Uwe Baleswski



Heinz Müller (SPD)



Helmut Holter (DIE LINKE)

Wolf-Dieter Ringguth, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, sprach im Zusammenhang mit dem Hilfspaket von einem guten Ergebnis, in das die Erfahrungen der CDU aus unzähligen Gesprächen mit Kommunalpolitikern eingeflossen seien. „Die Kommunen wissen selbst am besten, wo das Geld richtig eingesetzt wird“, sagt er. Die Gelder würden auf Basis der Einwohnerzahl in Dreijahresscheiben ausgereicht werden. Dies schaffe etwas ganz Wichtiges: „nämlich Planungssicherheit für drei Jahre“. Das Geld werde von den Kommunen überwiegend für Investitionen ausgegeben, aber bei den Landkreisen auch zur Begleichung von Mehrkosten, die durch die Kreisreform entstanden. Dies sei so in Ordnung und stärke ein wichtiges Gut: die kommunale Selbstverwaltung.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs** bezeichnete die bisherige Debatte als „Schmierentheater“. Es sei notwendig, die Strukturprobleme zu lösen. „Herr Innenminister, die lösen Sie nicht, indem Sie überall da, wo es brennt, einen Eimer Wasser raufkippen, sondern Strukturprobleme können nur gelöst werden, wenn man diese Probleme in der Struktur verändert.“ Doch dazu fehle das Geld, weil das Land hoch verschuldet sei. Dies werde sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern. Im Gegenteil – er sage dem Land Mecklenburg-Vorpommern auf Seiten der Steuereinnahmen ein „Desaster“ voraus. „Und dann freue ich mich darauf, wie Sie da wieder versuchen, mit einem Eimer Wasser einen Hausbrand zu löschen“, fügte er hinzu.

Der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt** erinnerte daran, dass die Koalition seit 2011 den Kommunen zusätzlich 250 Millionen Euro bewilligt habe. Für den größten Neukreis, den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, stünden nun zum Beispiel innerhalb der nächsten drei Jahre 8,2 Millionen Euro zusätzlich aus dem 100-Millionen-Euro-Fonds zur Verfügung. „Das ist vor Ort wichtig für Investitionen, zum Beispiel in Kreisstraßen, in Radwege, Abfederung der Sozialkosten und natürlich die Unterstützung der freien Jugendarbeit“, sagte er. Die zusätzlichen Mittel würden auch in kleineren Kommunen zur Haushaltskonsolidierung beitragen.



Innenminister Lorenz Caffier



Johannes Saalfeld (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fotos: Uwe Balewski



Wolf-Dieter Ringguth (CDU)



Udo Pastörs (NPD)



Marc Reinhardt (CDU)

Mehr als ein „Kummerkasten“

Petitionsausschuss legt Jahresbericht 2012 vor

Strengere Kontrollen von Radfahrern, verweigerte Fahrtkostenübernahme für eine arbeitslose Frau, Ausfall von Unterrichtsstunden – aus den unterschiedlichsten Gründen wandten sich Menschen im vergangenen Jahr an den Petitionsausschuss des Landtages. Der legte dem Parlament am 24. April seinen Jahresbericht 2012 vor.



Manfred Dachner

Demnach reichten im Vorjahr rund 10.700 Menschen Eingaben ein oder beteiligten sich an Sammelpetitionen. „Die Beschwerde ist Teil der Demokratie. Es ist besser, die Menschen wenden sich mit ihren Sorgen und Bitten an uns, statt sich von uns abzuwenden“, sagte der Ausschussvorsitzende **Manfred Dachner**. Insgesamt erreichten im Jahr 2012 rund 670 Eingaben den

Ausschuss. Das seien zwar nur gut halb so viele wie 2011. Doch hätten vor zwei Jahren Hunderte von Eingaben im Rahmen großer Massenpetitionen zum Lkw-Verkehr auf der B 104 und zur Abstandsregelung für Windräder die Zahlen auf den Rekordwert von 1.205 getrieben. Sehe man von diesen Massenpetitionen ab, sei 2012 etwa der Durchschnitt der Vorjahre erreicht worden. Nach seiner Einschätzung konnte der Petitionsausschuss etwa jedem zehnten Petenten helfen, das Problem in seinem Sinne zu lösen, in 60 Prozent der Fälle seien Kompromisse erzielt worden. Die Menschen reagierten laut Dachner häufig unmittelbar auf politische Entscheidungen. So sei ein wesentlicher Beschwerdegrund die Einführung der sogenannten Haushaltsabgabe anstelle der früheren Rundfunkgebühr gewesen. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Zuschriften, mit denen sich im Ausland lebende deutsche Rentner über die nachträgliche Besteuerung ihrer Renteneinkünfte beschwerten. „Zuständig für die Auslandsrentenbesteuerung ist das Finanzamt Neubrandenburg, so dass alle diese Eingaben durch den Petitionsausschuss des Landtages geprüft werden müssen“, erklärte der Ausschussvorsitzende. Trotz der Bürgerbeschwerden stellte Dachner den Behörden ein gutes Zeugnis aus: „Wir können mit Fug und Recht sagen: Unsere Bürger können sich auf die Zuverlässigkeit und Rechtstreue der Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung verlassen.“

Der Petitionsausschuss sei inzwischen weitaus mehr als ein „Kummerkasten“, sage **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). „Er ist ein Ort, an dem sich die Bevölkerung mit konstruktiven Vorschlägen an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt.“ So sei es kein Zufall, dass die meisten Eingaben aus der Landeshauptstadt kamen. Sie stünden in engem Zusam-

menhang mit den Diskussionen um die Zukunft des Staatstheaters. Jacqueline Bernhardt griff zudem Anregungen von Petenten auf, die zu mehr Transparenz in der Arbeit des Parlaments führen könnten. Als ein Beispiel nannte sie die Einführung öffentlicher Ausschuss-Sitzungen. Auch sollten die Abgeordneten über die Veröffentlichung von Petitionen nachdenken, wie es auf Bundesebene bereits üblich sei.

Die SPD-Abgeordnete **Katharina Feike** wies auf besondere Fälle in den Bereichen Landwirtschaft und Bildung hin. So habe eine Petition den erhöhten Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zum Thema gehabt, die gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium geklärt wurde. Eine andere Beschwerdeführerin habe den Ausfall von mehr als 1.000 Unterrichtsstunden an einer Schule beklagt. Der Ausschuss habe Kontakt zum Schulamt aufgenommen, das wiederum erste Hilfsmaßnahmen einleitete. Als einen Erfolg für die Arbeit des Ausschusses schilderte sie den Fall eines Berufsschülers, der plötzlich eine 60 Kilometer entfernte Berufsschule besuchen sollte, weil seine frühere geschlossen wurde. Die finanzielle Mehrbelastung konnte er nicht tragen. Als Folge seiner Beschwerde sei zu Jahresbeginn eine neue Richtlinie des Landes für Berufsschüler erlassen worden, die dieses Problem generell regelt.

Die Grünen-Politikerin **Jutta Gerkan** forderte nachdrücklich die Einführung der öffentlichen Petition. Es bestehe in vielen Fällen ein großer Diskussions- und Beteiligungsbedarf, sagte sie. Die Petitionen müssen ihren Worten nach aus dem „Dornröschenschlaf“ erweckt und mit Zustimmung der Petenten öffentlich diskutiert werden können.

„Der Petitionsausschuss ist für die Menschen im Land ein unverzichtbarer Anlaufpunkt“, sagte **Detlef Lindner** (CDU). Er arbeite kostenfrei und unabhängig. Behörden und öffentliche Einrichtungen seien zur Auskunft dem Ausschuss gegenüber verpflichtet.

Drucksache 6/1684

Bürgerbeauftragter berichtet im Landtag

Neben dem Petitionsausschuss des Landtages ist auch der Bürgerbeauftragte Mecklenburg-Vorpommerns wichtige Anlaufstelle für unzufriedene und hilfebedürftige Bürger. Der Bürgerbeauftragte **Matthias Crone** hat den Landtag am 24. April über seine Arbeit im Jahr 2012 informiert. Im Vorjahr seien 1.546 Anliegen, Bitten und Beschwerden an ihn herangetragen worden. Etwa die Hälfte aller Fälle betrafen soziale Angelegenheiten. Er nannte unter anderem die kommunalen Richtlinien für die Kosten einer Unterkunft, die nicht immer der höchstrichterlichen Rechtsprechung entsprächen. In anderen Fällen bahnte sich bereits eine Lösung an – wie bei der Frühförderung von Kindern mit Behinderungen. Auch die Schulwahl, die die Eltern zum Kindeswohl trafen, dürfe nicht zu Ungerechtigkeiten bei den Beförderungskosten führen. Crone bat die Abgeordneten „um besonderes Augenmerk für das Vermeiden von Ungerechtigkeiten und für den Schutz der Schwachen“. Der Bericht wird nun in den Ausschüssen beraten.

Drucksache 6/1726

Migranten willkommen heißen

Demokraten werben für „Willkommenskultur“
in Mecklenburg-Vorpommern

Die demokratischen Fraktionen im Landtag haben sich demonstrativ für eine „Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern“ starkgemacht. In einem am 26. April im Parlament beschlossenen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt es: „Menschen mit Migrationshintergrund sind in Mecklenburg-Vorpommern willkommen. Sie bereichern unser Zusammenleben.“ Mit dem Beschluss reagierten die Parteien auch auf offenbar von Rechtsextremisten geschürte Proteste gegen neue Asylbewerberunterkünfte im Land und latent vorhandene Ängste in der Bevölkerung.

Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), die den gemeinsamen Antrag einbrachte, betonte, es sei wichtig, dass sich die demokratischen Fraktionen im Landtag in diesem Punkt einig seien. Darüber hinaus verfolge ihre Fraktion auch eigene Ansätze in der Asyl-Politik. Sie kritisierte beispielsweise die Bedingungen in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber, welche sich zudem oft „fernab von jeglicher Infrastruktur“ befänden. Auch habe sich die sogenannte Residenzpflicht nicht bewährt. Sie ist inzwischen aufgehoben worden.

Unbekannte hatten jüngst in Güstrow Aktionen gegen ein dort geplantes Asylbewerberheim gestartet. Mit dem Schriftzug „Lichtenhagen kommt wieder“ drohten sie mit der Wiederholung der ausländerfeindlichen Krawalle von 1992 in dem Rostocker Stadtteil Lichtenhagen. Zudem waren rund 200 fremdenfeindliche Aufkleber an Gebäude und Verkehrsschilder der Stadt geklebt worden.

„Solche Übergriffe machen mich wütend“, sagte Sozialministerin **Manuela Schwesig**. Lichtenhagen sei das Symbol schlechthin für Fremdenfeindlichkeit, dumpfen Nationalismus und das Versagen der Behörden und Demokraten und präge bis heute das Bild von Mecklenburg-Vorpommern mit. „Aber: Unser Bundesland ist kein Hort für blinden Ausländerhass. Wir haben aus Lichtenhagen gelernt. Bei uns sind die Menschen – unabhängig von Religion, Hautfarbe und sexueller Orientierung – willkommen. Daran vermag auch die Minderheit Ewiggestriger nichts zu ändern“, betonte Schwesig.

Doch räumte die Ministerin ein, dass es im Land auch Ängste sowie Unsicherheit im Umgang mit dem Thema Zuwanderung gebe, „vielerorts auch offene und verdeckte Vorbehalte“. Zudem würden durch die weiträumige Verteilung der Migranten häufig Probleme entstehen. Für Integrationskurse oder Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung seien oft nur schwer die erforderlichen Teilnehmerzahlen zusammenzubekommen.



Die Kindertanzgruppe vom Deutsch-Russischen Kulturzentrum „Kontakt“ begeisterte am „Tag der offenen Tür“ im Landtag vor einem Jahr das Publikum. Foto: Angelika Lindenbeck

Der Abgeordnete **Dr. Hikmat Al-Sabty** (DIE LINKE) betonte, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unverzichtbar sei für erfolgreiche Integration, Ausgrenzung mache „mürbe und krank“. Als Erfolg wertete er die im Vorjahr erfolgte Aufhebung der Residenzpflicht für die im Land untergebrachten Asylbewerber. Al-Sabty sprach sich dafür aus, die Bewegungsfreiheit auf benachbarte Bundesländer auszudehnen, damit auch Freunde besucht werden könnten. Besonders wichtig sei, dass Zuwanderern schnell das Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht werde.

Die SPD-Abgeordnete **Martina Tegtmeyer** mahnte größere Anstrengungen im Umgang mit Zuwanderern und mehr Hilfe für Kommunen an: „Gerade Mecklenburg-Vorpommern hätte Zuwanderung nötig. Damit das passiert, müssen wir uns noch mächtig ins Zeug legen“, sagte sie unter Hinweis auf rückläufige Einwohnerzahlen und drohenden Fachkräftemangel. Sie warnte davor, sich „brauner Angstmacherei“ zu beugen. Im Land lebe nur ein ganz geringer Prozentsatz von Ausländern. Mecklenburg-Vorpommern stehe als Einwanderungsland noch ganz am Anfang.

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** bezeichnete den Beschluss als „Multikultikitsch“ und äußerte sich abfällig über den aus dem Irak stammenden Linke-Abgeordneten Al-Sabty. Seiner Meinung nach würden Menschen mit Migrationshintergrund als „engelhaftes Wesen“ dargestellt. Das Gastland habe nur dankbar zu sein und dürfe nicht die „geringste Anpassung“ fordern.

Die Randalen von Lichtenhagen haben dem CDU-Politiker **Michael Silkeit** zufolge das Land bis heute stigmatisiert. Deshalb sei es nach wie vor wichtig, dass der Landtag mit gemeinsamen Anträgen gegen Ausländerfeindlichkeit Zeichen setze. „Willkommenskultur“ sei keine einmalige Angelegenheit. „Das ist ein Prozess“, sagte er. Die Bevölkerungszahl schrumpfe landes- und bundesweit. Deshalb sei auch Mecklenburg-Vorpommern auf Zuwanderung angewiesen. Dem Antrag stimmten alle demokratischen Fraktionen zu, die NPD lehnte ihn ab.

Seit 2009 nimmt die Zahl der Asylbewerber bundesweit zu und damit auch die Zuweisungen nach Mecklenburg-Vorpommern. Laut Innenministerium stellten 2012 im Nordosten 1470 Menschen Asylanträge, fast 200 mehr als im Jahr davor. 2008 waren es 846. Der Bedarf an Unterkünften stieg damit spürbar an, so dass in einigen Kreisen neue Gebäude dafür bereitgestellt werden müssen.

Drucksache 6/1758



Foto: Fotoagentur Nordlicht Rostock

Abitur-Reform

Koalition lehnt kurzfristige Änderungen an Gymnasialausbildung ab

Die Regierungsparteien SPD und CDU sehen keinen kurzfristigen Änderungsbedarf an der um ein Jahr verkürzten Gymnasialausbildung. Die Koalitionsfraktionen wiesen am 25. April im Landtag Reformvorstöße von Linken und Grünen zurück. Weder der Vorschlag der Linken, die zeitliche Belastung der Schüler zu verringern und die Zahl schriftlicher Prüfungen zu reduzieren, fand eine Mehrheit, noch der Antrag der Grünen, an Modellschulen im Land wieder 13 Jahre bis zum Abitur zuzulassen.

Nach dem Vorschlag der Bündnisgrünen sollte die Entscheidung über 12 oder 13 Jahre zum Abitur in der zehnten Klasse fallen. „Wer keine Verkürzung will, für den ändert sich nichts“, sagte **Ulrike Berger** bei der Begründung des Antrags ihrer Fraktion. Eine Verlängerung der gymnasialen Oberstufe von zwei auf wieder drei Jahre hat in ihren Augen Vorteile. Zum Beispiel könnten die Schüler dann wieder mehr ehrenamtlich arbeiten, hätten auch Zeit für Theater und gesellschaftliche Teilhabe. Dies gehört ihrer Auffassung nach genauso zur Persönlichkeitsentwicklung wie gute Schulbildung.

Simone Oldenburg von der Linksfraktion beklagte, dass etwa 17 Prozent der Gymnasiasten im Land die Schule ohne Abitur verließen. Dies dürfe nicht hingenommen werden. „Das Schulsystem der gymnasialen Oberstufe schwächelt und mit ihm die Leistung der Schülerinnen und Schüler“, sagte sie, als sie den Antrag der Linken einbrachte. Sie plädierte für einheitliche Prüfungen als Resultat eines einheitlichen Unterrichts. Mit dem Antrag ihrer Fraktion sollten die Ergebnisse der Umstellung auf das 12-Jahre-Abitur geprüft und Maßnahmen ergriffen werden, die die Lernkultur verbessern und zugleich Schüler und Lehrkräfte entlasten.

„Mecklenburg-Vorpommern sollte sich nicht an Experimenten beteiligen“, sagte die SPD-Abgeordnete **Dr. Margret Seemann**. Sie forderte eine einheitliche Lösung für ganz Deutschland. Alle 16 Bundesländer müssten sich auf einheitliche Bildungs- und Prüfungsstandards einigen. „Das muss möglich sein“, sagte sie und verwies auf eine Tagung von SPD-Bildungsexperten in Schwerin. Die Debatte müsste

bundesweit weitergeführt werden. Sie erteilte beiden Anträgen eine Absage.

Bildungsminister **Mathias Brodkorb** widersprach der Darstellung, dass die verkürzte Schulzeit im Land zu deutlich schlechteren Prüfungsergebnissen beim Abitur führte. Die durchschnittliche Abitur-Note habe 2005/06 bei 2,41 und 2011/12 bei 2,42 gelegen. Brodkorb verwies ebenfalls auf Bestrebungen der Bundesländer, Unterrichtsinhalte anzugleichen. Ab 2017 plane die Kultusministerkonferenz eine deutschlandweite „Harmonisierung“ der Schullandschaft. Mit neuen Sonderwegen in Mecklenburg-Vorpommern werde die seit langem angestrebte Angleichung nur zusätzlich erschwert, warnte er.

Ein bundesweit einheitliches Bildungssystem forderte auch der NPD-Abgeordnete **David Petereit**. Er verwies auf Studien, die belegten, dass Schüler beispielsweise in Thüringen nicht unter mehr Stress litten. Das Bundesland hatte nach dem Mauerfall am zwölfjährigen Abitur festgehalten. Stressfaktoren seien eher hoher Leistungsdruck und Zweifel an der Relevanz der Lehrinhalte. Seiner Auffassung nach müsse zudem nicht jeder Schüler das Abitur ablegen. Dies sei „linke Gleichmacherei“. Den Antrag der Linken werde seine Fraktion weitgehend ablehnen. Sie stimme lediglich dem Prüfauftrag an die Landesregierung zu. Den Grünen-Antrag lehne seine Fraktion in Gänze ab.

Das Abitur nach zwölf Schuljahren sei eingeführt worden, weil deutsche Schüler im europäischen Vergleich sehr spät ins Berufsleben starteten. Daran erinnerte der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz**. Er verteidigte das Prüfungs-System in Mecklenburg-Vorpommern mit vier schriftlichen und einer mündlichen Prüfung. Auch er erteilte den Anträgen der Oppositionsfraktionen eine Abfuhr.

Andreas Butzki (SPD) forderte Kontinuität und Verlässlichkeit für die Schulen. „Wir brauchen keine bündnisgrünen Schulversuche nach dem Motto „rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln“, betonte er. Das sei nicht mit Stagnation gleichzusetzen. „Wir wollen in unserem Flächenland Chancengleichheit für unsere Abiturienten und keine Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und den größeren Zentren“, sagte er. Der Antrag der Faktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand keine Mehrheit. Der Linke-Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Grüne und NPD enthielten sich der Stimme.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/1744

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/1755

Steuersünder konsequent verfolgen

Landtag beschließt Antrag einstimmig

Der Ehrliche soll nicht der Dumme sein. In seltener Einmütigkeit hat sich der Landtag am 26. April für die „konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Schließung bestehender Steuerschlupflöcher“ ausgesprochen. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen CDU und SPD fand auch bei der Opposition breite Zustimmung.

„Wer Steuern hinterzieht, schadet dem Staat. Und das ist nicht hinnehmbar“, sagte der CDU-Abgeordnete **Dietmar Eifler**, der den Antrag in den Landtag einbrachte. Steuerhinterziehung werde zu Recht auf eine Stufe gestellt mit Diebstahl und Körperverletzung.

Finanzministerin **Heike Polzin** kündigte an, dass sich Mecklenburg-Vorpommern auch künftig am umstrittenen Ankauf von Steuer-CDs beteiligen werde, um Steuersündern auf die Spur zu kommen. „Steuerhinterzieher dürfen sich nicht in Sicherheit wiegen“, sagte sie. Um Steuerkriminalität aufzuklären, sei der Kauf von Datensätzen ein „geeignetes, ein legitimes und im Übrigen auch legales Mittel“. Auf der jüngst von Rheinland-Pfalz angekauften Steuer-CD waren auch acht mutmaßliche Steuerbetrüger in Mecklenburg-Vorpommern aufgetaucht. Gegen sie wird ermittelt.

Die Ministerin mahnte zugleich aber verbindliche internationale Vereinbarungen an, um Steuerschlupflöcher zu schließen. „Der automatische Auskunftsaustausch muss weltweit zum Standard werden“, forderte sie. Bestrebungen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, die Gewinnverlagerung in Steueroasen zu erschweren, begrüßte Polzin ausdrücklich. Auch Banken, die mitunter Modelle zur „Steueroptimierung“ böten, müssten in die Pflicht genommen werden. Solch „zutiefst unmoralisches Verhalten“ gelte es zu sanktionieren, im äußersten Fall durch Entziehung der Banklizenz.

Die Bekämpfung der weltweit organisierten Steuerhinterziehung müsse zweifelsohne vorangetrieben werden, sagte die finanzpolitische Sprecherin der Linken, **Jeannine Rösler**. Dennoch kritisierte sie den Antrag, der nur „Selbstverständlichkeiten und Plattitüden“ enthalte. Zudem diene es nicht der konsequenten Verfolgung von Steuerhinterziehung, wenn die Steuerfahndung mit immer weniger Personal auskommen muss. „Im Jahr 2006 waren es noch 58 Stellen, jetzt sind es nur noch 49“, sagte sie.

Tilo Gundlack, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, forderte die Landesregierung auf, in ihrem Zuständigkeitsbereich relevante Daten zu beschaffen und strafrechtliche Verfolgung einzuleiten. Weltweit müssten Länder auf schwarzen Listen angeprangert werden, die ihren Verpflichtungen zum Informationsaustausch nicht nachkommen.

Dem politischen Ziel, Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen und Steuergerechtigkeit herzustellen, müsse „ab sofort“ eine höhere Priorität eingeräumt werden.

Johannes Saalfeld von den Grünen bedauerte, dass Ergänzungsvorschläge der Opposition keinen Eingang in den Landtagbeschluss fanden. So sollten Unternehmen ihre Steuerzahlungen in anderen Ländern veröffentlichen und ein Unternehmensstrafrecht eingeführt werden, um Banken für Beihilfe zur Steuerhinterziehung bestrafen zu können. Um weltweit gegen Steuerbetrug vorzugehen, sei ein entschlossenes Handeln notwendig.

Der NPD-Abgeordnete **Udo Pastörs** wies auf Steueroasen in Europa hin und nannte unter anderem die Kanalinsel Guernsey sowie die britische Isle of Wight. Große deutsche Konzerne würden zudem legal Vermögen im US-amerikanischen Steuerparadies Delaware parken. Er sprach von „Doppelmoral“.

Steuerhinterziehung ist auch nach Ansicht des CDU-Finanzpolitikers **Egbert Liskow** eine Straftat und müsse bestraft werden. Er sprach sich dagegen aus, die Steuersätze in Deutschland drastisch zu senken. Höhere Steuern dürften aber nicht die Falschen treffen wie Mittelständler, Kleinunternehmer und Familien. Die Diskussion zum Thema Steuerhinterziehung gehe nun auf internationaler Ebene langsam voran. Dazu würden auch Debatten wie diese im Landtag einen kleinen Beitrag leisten.

Änderungsanträge der Grünen fanden keine Mehrheit im Parlament.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/1740

Änderungsanträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen 6/1814 und 6/1815

Steuereinnahmen M-V 2011
(in Mio. €)



Quelle: Finanzministerium M-V

Steuern

Steuern bilden die Haupteinnahmequelle des Landeshaushalts. Von den rund 7 Milliarden Euro Einnahmen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2010 stammen rund 3,5 Milliarden Euro aus den im Land verbleibenden Steuern. Diese Steuereinnahmen setzen sich zusammen aus den Landesanteilen der Gemeinschaftssteuern (z.B. Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer) und den Landessteuern (z.B. Grunderwerbsteuer und Erbschaftsteuer).

Seit 2010 hat es laut Finanzministerium 27 Selbstanzeigen wegen Steuerbetrugs gegeben, die zu Nachzahlungen von fast 1,5 Millionen Euro führten.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Schlagloch-Programm

Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern können nicht auf neuerliche Hilfen des Landes bei der Sanierung frostgeschädigter Straßen rechnen. Der Landtag lehnte am 25. April mit den Stimmen der Regierungsfractionen SPD und CDU einen Antrag der Linken ab, die ein „Kommunales Schlagloch-Programm“ gefordert hatte. Redner der Koalitionsfractionen verwiesen auf bestehende Hilfsprogramme für die Kommunen. Mittel daraus könnten auch für den Straßenbau eingesetzt werden. Nach dem Willen der Oppositionsfraction sollte das Land 20 Millionen Euro als zinsfreie Kredite an bedürftige Kommunen ausreichen und so die klammen Kommunalkassen entlasten. Ein ähnliches Hilfsprogramm hatte es schon 2011 gegeben. Nach Angaben des Innenministeriums waren von den damals bereitgestellten 20 Millionen Euro 15 Millionen als Kredite für kommunale Straßenbauprojekte ausgereicht worden. Nach Angaben der Linken machen kommunale Straßen 62 Prozent des Straßennetzes im Land aus.

Drucksache 6/1746



DDR-Altvermögen

Mecklenburg-Vorpommern hat den Streit mit dem Bund um den finanziellen Ausgleich von DDR-Altvermögen beigelegt. Der Landtag stimmte am 24. April ohne weitere Aussprache dem „Staatsvertrag über die abschließende Aufteilung des Finanzvermögens“ zu und vermied damit langwierige und kostspielige Rechtsstreitigkeiten. Nach Angaben von Finanzministerin **Heike Polzin** hatte die Gefahr bestanden, dass Kommunen in M-V Gewinne aus den ihnen zugeordneten FDGB-Ferienheimen hätten abführen müssen. Nachteile hätten auch im Zusammenhang mit der bisherigen Aufteilung des Bodenreformvermögens gedroht. Laut Polzin hatte der Bund noch Forderungen von zwei Milliarden Euro errechnet, die ostdeutschen Bundesländer hingegen 1,7 Milliarden Euro vom Bund verlangt.

Drucksachen 6/1631 und 6/1774

Angelschein für Kinder



In Mecklenburg-Vorpommern dürfen Jugendliche fortan bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres auch ohne Fischeischein und -prüfung ihre Angeln auswerfen. Der Landtag beschloss am 24. April ein neues Landesfischereigesetz, mit dem die Altersgrenze dafür von 10 auf 14 angehoben wurde. Die Grünen kritisierten, dass mit der fehlenden Eignungsprüfung gegen Vorgaben des Tierschutzes verstoßen werde. Laut Landwirtschaftsminister sind im Land 43.000 Angler in Vereinen organisiert. Neu ist auch, dass Gäste und Einheimische künftig mehrfach im Jahr einen sogenannten Touristen-Fischeischein erwerben können. Diese ebenfalls ohne vorherige Sachkunde-Prüfung erteilte Angelerlaubnis war bislang auf einmalig 28 Tage pro Jahr befristet. Im Vorjahr erwarben nach Ministeriumsangaben mehr als 20.000 Menschen diesen Schein, drei Viertel davon Urlauber aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.

Drucksachen 6/1338 und 6/1768

Bericht zu Kindergesundheit

Gezielte Gesundheitsvorsorge, konsequente ärztliche Kontrolle und Gesetzesänderungen haben nach Angaben von Sozialministerin **Manuela Schwesig** die Gesundheit der Kinder in Mecklenburg-Vorpommern spürbar verbessert. Erfolge zeigten sich etwa bei der Zahnpflege. So habe sich der Anteil der Vorschulkinder mit „naturgesundem Gebiss“



in den zurückliegenden 15 Jahren von 54 auf inzwischen 68 Prozent erhöht, sagte Schwesig am 25. April im Landtag bei der Vorlage des Kinder- und Jugendgesundheitsberichts 2012. Der Tabakkonsum von Jugendlichen sei deutlich gesunken, und Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder würden stärker in Anspruch genommen. Kritik kam von der Linken, die Aussagen zu Armut und Kindergesundheit im Bericht vermisst.

Drucksache 6/1737

Ringern bei Olympia



Foto: Jens Büttner

Der Landtag reihte sich am 24. April in die Liste der Fürsprecher der klassischen Sportart Ringen ein. „Ringen muss olympisch bleiben“, forderten alle vier demokratischen Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag. Zuvor hatten sich zahlreiche deutsche Politiker, darunter Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, dafür stark gemacht, Ringen im Olympia-Programm zu belassen. Nach einer Empfehlung der IOC-Exekutive soll der Traditionssport ab 2020 gestrichen werden. Es gebe kaum eine klassischere Sportart bei Olympia, hieß es in der Landtags-Debatte. Ringen werde vor allem in Ländern betrieben, in denen sich Menschen teure Sportarten nicht leisten können. Es könne nicht immer nur um Quote und Kommerz gehen, sagten Redner verschiedener Fraktionen. Der Deutsche Ringer-Bund (DRB) bekommt derzeit Fördergelder in Höhe von 950.000 Euro pro Jahr vom Deutschen Olympischen Sportbund. Ohne den Verbleib im Olympia-Programm würde die finanzielle Unterstützung dramatisch reduziert werden. Der DRB hat eine Unterschriftenaktion für seinen olympischen Überlebenskampf gestartet.

Drucksache 6/1738

Neues Passgesetz

Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 24. April das Ausweiswesen neu geregelt. Das Parlament hat nunmehr alle Kompetenzen auf den Bund übertragen und alle entsprechenden Landesgesetze aufgehoben. Damit könne das Passwesen bundeseinheitlich erfolgen, hieß es zur Begründung. Den Ländern verbleibt lediglich die Aufgabe, die für Pass- und Ausweisangelegenheiten zuständigen Behörden zu bestimmen.

Drucksachen 6/1626 und 6/1772

Strafvollzugsgesetze

Mecklenburg-Vorpommern regelt den Strafvollzug neu und setzt damit bundesweit angestrebte Standards um. Das von der SPD/CDU-Regierung vorgelegte Strafvollzugsgesetz, das auf einem von zehn Bundesländern vereinbarten Musterentwurf beruht, wurde am 24. April im Landtag mit den Stimmen der Koalition beschlossen. Die Oppositionsfraktionen Grüne und Linke beklagten, dass der Resozialisierungsgedanke im Gesetz zu kurz komme. Änderungsanträge zum Gesetz, etwa zum Ausbau des Strafvollzugs in Wohngruppen oder die verstärkte Anwendung des offenen Vollzugs, fanden keine Mehrheit. Der Landtag beschloss zudem Regelungen zur Sicherungsverwahrung von besonders gefährlichen Straftätern, die auch nach Haftverbüßung zum Schutz der Allgemeinheit nicht in Freiheit entlassen werden sollen. Für solche Straftäter wurde im Gefängnis Bützow ein gesondertes Gebäude errichtet. Dort sind sie von Strafgefangenen getrennt untergebracht und können Therapieangebote nutzen. Das Bundesverfassungsgericht hatte von Bund und Ländern gefordert, spätestens zum 1. Juni 2013 für die Sicherungsverwahrung ein Gesamtkonzept vorzulegen. Den Angaben zufolge befinden sich in Mecklenburg-Vorpommern derzeit acht Straftäter in Sicherungsverwahrung.

Drucksachen 6/1337, 6/1777, 6/1476 und 6/1776

Immunität aufgehoben

Der Landtag hob auf Antrag der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg die Immunität des NPD-Abgeordneten **Tino Müller** auf und gab damit die Genehmigung zum sofortigen Vollzug eines gerichtlichen Durchsuchungsbeschlusses. Aufgrund der besonderen Situation musste Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hierfür nach einer kurzfristig anberaumten Sitzung des Europa- und Rechtsausschusses die laufende Plenardebatte zum Landesfischereigesetz unterbrechen. Der Landtag hat auch erneut die Immunität von NPD-Fraktionschef **Udo Pstörs** aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft Schwerin ermittelt gegen ihn wegen des Vorwurfs der Beleidigung.

Nachruf



Am 3. Mai 2013 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit der ehemalige Abgeordnete des Landtages Mecklenburg-Vorpommern **Ralf Grabow**. Er gehörte in der 5. Wahlperiode (2006 – 2011) als Mitglied der FDP-Fraktion dem Landesparlament an und hat u.a. als Vorsitzender des Ausschusses

für Soziales und Gesundheit die Politik in Mecklenburg-Vorpommern mit geprägt. Insbesondere dank seiner Initiative fand im Jahre 2010 im Schweriner Schloss der „Tag der Menschen mit Behinderungen“ statt.

Streit zu Werftenbürgschaften

Landtag stimmt Begrenzung zu – ohne die Stimmen der Opposition

Mit der Mehrheit der Regierungsfractionen von SPD und CDU hat der Landtag am 25. April eine Begrenzung der Werftenbürgschaften auf 200 Millionen Euro beschlossen. Die Opposition hegte unter anderem rechtliche Zweifel und lehnte den Antrag ab. Grüne und Linke forderten die SPD/CDU-Koalition im Parlament auf, ihrer Verantwortung für die Werften gerecht zu werden, dem Landtag wirkliche Mitwirkung einzuräumen und den Bund an den Finanzhilfen zu beteiligen. Koalitionsvertreter warfen der Opposition in einer hitzig geführten Debatte vor, den Werften in einer schwierigen Situation die nötige Hilfe zu versagen. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.



Johannes Saalfeld (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) brachte den Antrag seiner Fraktion in den Landtag ein. Die Grünen hätten die Ankündigung von SPD und CDU, gemeinsam mit der demokratischen Opposition eine Strategie für die Werften aufzustellen, grundsätzlich begrüßt. „Die Werften sind von solcher Bedeutung für unser Land, dass ein gemeinsames Vorgehen

längst überfällig war“, betonte er. Allerdings seien die Koalitionsfraktionen auf keinen einzigen Änderungsvorschlag der Opposition eingegangen. Deshalb gebe es nun eigene Anträge von Grünen und Linken.

Nach Ansicht der Grünen geht der Antrag von SPD und CDU an der Hauptproblematik, der Absage des Bundes für eine weitere Beteiligung an Bürgschaftsprogrammen, vorbei. „Es muss eine unmissverständliche Aufforderung hier aus dem Landtag an Frau Merkel geben, dass sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen darf“, sagte Saalfeld. Im vorliegenden Antrag von SPD und CDU gebe es hierzu aber „keine einzige Stelle“.

Ohne die Hilfe des Bundes, nur mit dem von der Koalition genannten Bürgschaftsrahmen von 200 Mio., könne die Werftindustrie nicht überleben. „Sie versuchen, die Bundesregierung unter Druck zu setzen“, warf er der Koalition vor. „Sie instrumentalisieren das Schicksal der Werftarbeiter und führen die Werften an den Rand ihrer Existenzfähigkeit.“ Die Landesregierung müsse „mit offenem Visier vor den Augen der Wählerinnen und Wähler mit Frau Merkel um Bürgschaften kämpfen“.

Saalfeld kritisierte außerdem, dass die Landesregierung mit dem geplanten Unterausschuss des Landtages, der künftig Bürgschaften bewilligen soll, die Verantwortung über Bürgschaftsentscheidungen auf das Parlament abwälze, und forderte zusätzliche Auskunftsrechte.

Saalfeld schloss seine Einbringungsrede mit dem Appell an die Koalition: „Haben Sie den Mut, gegen die Bundesregierung für Bürgschaften zu kämpfen!“

Drucksache 6/1793



Auch **Jochen Schulte** (SPD), der den Antrag der SPD/CDU-Koalition einbrachte, betonte, dass es zwischen den demokratischen Landtagsfraktionen zur Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Mecklenburg-Vorpommern „eigentlich“ keine Differenzen gebe. Allerdings müsse man sie auch „spielen lassen“ und dürfe nicht die Chancen, gerade im Bereich der Offshoreenergie,

„mutwillig oder gar vorsätzlich aus sachfremden oder parteipolitischen Überlegungen hintertreiben“.

Da es vom Bund derzeit keine Bereitschaft zur weiteren Bürgschaftsbeteiligung für die Werftindustrie gebe, müsse die Landespolitik „hier und heute“ zeigen, dass das Land seiner Verantwortung für die maritime Industrie gerecht werde. Das bedeute, im Rahmen des Leistbaren alle Anstrengungen zum Erhalt und zur weiteren Entwicklung der maritimen Wirtschaft und insbesondere der einheimischen Werften als deren industrielle Kerne zu unternehmen. Zugleich müsse das Land daran festhalten, dass „der Bund seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommt und nicht den Ländern Aufgaben aufbürdet, die sie auf Dauer nicht allein schultern können“.

Den im Antrag genannten Bürgschaftsrahmen von 200 Mio. Euro begründete Schulte mit den finanziellen Möglichkeiten des Landes. „Wir können doch nicht so tun, als ob die Bürgschaften das Land nicht tatsächlich finanziell massiv belasten können“, sagte er. Bisher gebe es im gesamten Land eine breite Akzeptanz für die Unterstützung der Werften. Er warnte davor, diese „durch ungedeckelte Blankozusagen“ aufs Spiel zu setzen.

Als Beispiel, dass die finanzielle Unterstützung durch das Land Werftunternehmen gerettet hat, nannte Schulte die Wadan-Werften. Auf dem Höhepunkt der Werftenkrise hätte der damalige FDP-Fraktionsvorsitzende Michael Rooff gefordert, kein weiteres Geld in die Wadan-Werft zu geben. „Wenn wir dieser Überlegung gefolgt wären, gäbe es heute keine Nordic Yards“, sagte der SPD-Politiker und warb um eine breite Zustimmung für den Antrag von SPD und CDU, „über Koalitionsfraktionen hinaus“.

Drucksache 6/1794

Ministerpräsident Erwin Sellering: „M-V steht zu seinen Werften“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank an die Koalitionsfraktionen für diese Entschließung. Sie machen damit den existenziell wichtigen Einsatz der Landesregierung für die Werften im Land zu unserem gemeinsamen Anliegen. [...]

Es geht heute vor allem um die Grundsatzfrage: Ist es richtig, weiter auf die Werften zu setzen? Das ist eine Frage, mit der wir uns sehr ernsthaft auseinandersetzen müssen. Die Mittel aus EU und Solidarpaket, mit denen wir in der Wirtschaft auf eine dauerhaft positive Entwicklung des Landes hinwirken können, die stehen, wie wir alle wissen, nur noch einige Jahre zur Verfügung. Und sie müssen deshalb noch einmal ganz besonders gezielt eingesetzt werden, sodass sie nachhaltig Wirkung entfalten. [...]

Wir müssen in der Wirtschaftspolitik auf Bereiche und Nischen setzen, in denen wir – unsere Unternehmen – in der Weltspitze mitspielen können, müssen neue Trends frühzeitig erkennen, innovative Lösungen entwickeln, technologisch immer einen Schritt voraus sein.

Wird eine Unterstützung der Werften diesen Grundsätzen gerecht? Da gibt es viele, die sagen, das ist nicht nachhaltig, die Werften sind nicht auf Dauer allein lebensfähig, jede Bürgerschaft, die ihr denen gibt, ist verlorenes Geld.

Wir sind vom Gegenteil überzeugt. Die Werften sind doch ohne Zweifel wettbewerbsfähig, was die Leistung und was den Preis angeht. Die großen Schwierigkeiten liegen allein in der Bauzeitfinanzierung. Und auf diesem Feld wird jetzt in erster Linie der weltweite Verdrängungswettbewerb ausgetragen, in dem die Mitbewerber unserer Werften massive staatliche Hilfe bekommen. In einer solchen Lage, davon bin ich fest überzeugt, müssen wir alles tun, um unsere an sich wettbewerbsfähigen Werften sicher durch die Krise zu bringen, damit sie am Ende dieses Verdrängungswettbewerbs bei den Siegern sind.

Und die Voraussetzungen sind gut: Unsere Werften sind von ihrer Innovationskraft, von der technologischen Leistungs-

fähigkeit her an der Weltspitze. Nordic Yards hat sich erfolgreich umgestellt auf Spezialschiffbau und Offshorewindkraft. Damit können sie nachhaltig zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beitragen und auch vor allem zur nationalen Energiewende.

Also es ist grundsätzlich wichtig, dass Mecklenburg-Vorpommern zu seinen Werften steht und sie nach Kräften unterstützt.

Klar ist aber auch, meine Damen und Herren, die Entscheidung, in Deutschland weiter Schiffe zu bauen, das ist eine grundsätzliche industriepolitische Entscheidung von nationalem Format, vielleicht sogar von europäischem Format. Das gilt erst recht für Offshore, für die Entwicklung und den Bau aller für Windkraft auf See notwendigen Elemente – Plattformen, Serviceschiffe, Errichterschiffe. Und das abzusichern – wirtschaftspolitisch, industriepolitisch, energiepolitisch –, das kann nicht einem einzelnen Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern aufgebürdet werden. Wer eine rasche Energiewende vollziehen will – zu der ich stehe, zu der die Landesregierung steht –, der muss sie dann auch mit Kraft und Entschlossenheit betreiben. Das müssen wir von der Bundesregierung verlangen.

Und deshalb ist klar: Wir brauchen weiter die Unterstützung des Bundes für die Werften. Wir brauchen weiter einen von Land und Bund gemeinsam getragenen und bereitgestellten Bürgschaftsrahmen, damit die Werften ihre Aufträge finanzieren können, damit die maritime Wirtschaft ihren Beitrag zur Energiewende leisten kann. Darüber ist zu verhandeln, und darüber wird verhandelt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist der Überzeugung, dass ihre positive Grundentscheidung für die Werften die Besonderheiten bei den Werften und vor allem das hohe Risiko in diesem Bereich berücksichtigen muss. Das sind nicht Bürgschaften wie andere sonst auch [...].

„ Wir müssen das Risiko eingehen
zum Wohle des Landes. “

Wir müssen manchmal Entscheidungen treffen, die mit dem Risiko behaftet sind, dass es nicht so gut ausgeht, wie alle hoffen. Aber wenn es um Tausende von Arbeitsplätzen geht, wenn es um an sich wettbewerbsfähige Unternehmen geht, und wenn die Alternative zu einem risikobehafteten Ja für die Zukunft, wenn die Alternative dazu ist, ein klares Nein jetzt, Schluss mit den Werften, wenn wir die Entscheidung so nicht fällen, dann müssen wir dieses Risiko eingehen zum Wohle des Landes.

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich nicht leichtfertig, nicht ohne größtmögliche Absicherung. Und deshalb geht unsere positive Grundsatzentscheidung für die Werften einher mit einem klaren Risikomanagement. Und deshalb hat sich die Landesregierung

entschlossen, die Regeln für die Unterstützung der Werften transparent gesetzlich festzulegen und die Bewilligung letztlich der Zustimmung des Landtages zu unterwerfen. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei einer solch weitreichenden Grundsatzentscheidung ist es auch wichtig, das Risiko für das Land von der Summe her zu begrenzen. Das schränkt zwar den Handlungsspielraum ein, je nachdem, wie der Bund sich engagiert, es bietet den Werften aber auch Planungssicherheit. [...]"

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Offenbarungseid der Landesregierung“

Foto: Uwe Baleski



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin schon erstaunt über unseren Ministerpräsidenten, welches Demokratieverständnis und welches Verständnis Sie von einem demokratischen Parlament haben, Herr Selling. Sie haben heute erneut den Begriff benutzt, die Opposition sitze auf der Galerie und verteile Bewertungsnoten.

Wir [...] verstehen unsere Oppositionsrolle anders. Wir bewerten nicht, sondern wir haben einen Auftrag, wir haben einen Verfassungsauftrag, der uns gegeben ist. Wir haben zu kontrollieren, zu kritisieren und eigene Vorschläge zu machen. Und das ist etwas anderes, als auf der Galerie zu sitzen.

Was die vorliegenden Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Koalitionsfraktionen betrifft, will ich hier Folgendes zum Ausdruck bringen – das ist auch bekannt hier im Hohen Haus und auch in Mecklenburg-Vorpommern –, dass die Fraktion der Linken immer, zu allen Zeiten, zu den Werften in Mecklenburg-Vorpommern gestanden hat. Das war in der Vergangenheit so, das gilt heute und das gilt auch für die Zukunft. [...]

Die Eckpunkte der Regierung sollen durch den vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen im Schnellverfahren beschlossen und im Vorgriff auf das nächste Haushalts-

gesetz festgezurr werden. [...] Aber nicht nur die Banken haben sich aus der Schiffbaufinanzierung zurückgezogen. Auch der Bund hat unmittelbar nach der 8. Nationalen Maritimen Konferenz am 8. und 9. April in Kiel erklärt, dass er sich aus seinem Bürgschaftsprogramm zurückzieht. [...]

Wir alle wissen, dass der Strukturwandel auf den Werften voll im Gange ist. Der Bau von Spezialschiffen und anderen maritimen Produkten wie im Offshorebereich dauert nun mal länger und ist wesentlich teurer. Das sind allgemein bekannte Tatsachen. Das Verhalten des Bundes ist der zweite große Skandal und ein Schlag ins Gesicht der Küstenländer.

Meine Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern hat mit dem Haushalt 2012/2013 auf die veränderten Bedingungen und den Strukturwandel im Schiffbau reagiert. Ich will Ihnen, meine Damen und Herren der Koalition, Ihr eigenes Gesetz in Erinnerung rufen. Mit der Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich:

„Das benötigte Volumen wird aus folgenden Gründen auf bis zu 1 Mrd. Euro eingeschätzt:

- Die Umstellung auf Spezialschiffbau bzw. sonstige Produkte (z. B. im Bereich Offshore-Windenergie) bringt höhere Finanzierungsvolumina je Projekt und eine längere Bindung finanzieller Mittel mit sich;
- Banken sind nach wie vor sehr zurückhaltend bei der Finanzierung von Werften. Sofern sie überhaupt finanzieren, verlangen sie eine möglichst hohe Absicherung. Teilweise ist es notwendig, die Rolle der Banken zu kompensieren;
- die zwischenzeitlich im Rahmen der Krisenbewältigungsmaßnahmen erfolgte Risikobeteiligung des Bundes bis Ende 2010 wurde nicht verlängert. Gemeinsam übernommene Bürgschaften laufen sukzessive aus. Notwendige Anschlussfinanzierungen sind allein durch das Land abzusichern.“

„ Warum wollen Sie den Bürgschaftsrahmen für die Werften herunterschrauben? “

[...] Was hat sich an den eben genannten Gründen bis heute verändert? Warum stellen Sie heute, im laufenden Haushaltsjahr 2013, Ihre eigenen Beschlüsse infrage? Wie halten Sie es übrigens mit Ihren eigenen Gesetzen? Warum wollen Sie jetzt den Bürgschaftsrahmen für die Werften herunterschrauben? Was rechtfertigt die von Ihnen beabsichtigte Deckelung?

Die Antwort ist so simpel wie kurz: gar nichts. Wer hat denn diese Summe von 200 Millionen festgesetzt? Ist es willkürlich oder sachgerecht, was Sie hier mit den 200 Millionen festlegen wollen? [...] Im Antrag der Koalitionsfraktionen heißt es dann, auch Zitat: „Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, den Bund zur Aufstellung

eines entsprechenden ergänzenden Bürgschaftsprogramms zu veranlassen. Nur dann – das unterstreiche ich – ‚nur dann‘, steht dort, ‚wird unter Beachtung des geringen Spielraums des Landeshaushalts ein für die Werften des Landes insgesamt erforderlicher Bürgschaftsrahmen zur Verfügung gestellt werden können.‘

Bedeutet dies, dass das Land gar keine Bürgschaften mehr ausreicht, wenn der Bund sich nicht mehr beteiligt? Für meine Fraktion kann ich nur sagen, das machen wir nicht mit. [...]

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch eine ganze Reihe staatsrechtlicher Probleme. Vor uns liegt ein Offenbarungseid der Landesregierung. Sie leistet einen Offenbarungseid darüber, dass sie nicht mehr in der Lage ist, kein Interesse mehr oder Angst davor hat, eine originäre Aufgabe der Exekutive zu erfüllen. Anders ist die vorliegende Entschließung nicht zu bewerten. Es handelt sich nicht um eine Kompetenzerweiterung des Landtages, wie es uns schmackhaft gemacht werden soll. Die Landesregierung will vielmehr ihre Verantwortung auf den Landtag abwälzen, aber nicht auf den Landtag als Ganzes, nein, auf einen Unterausschuss, wie immer dieser auch aussehen mag. Schon das ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich und würde ein in der Bundesrepublik einmaliges Verfahren darstellen. [...] Der einzige Zweck eines solchen Gesetzes ist offenbar, der Ministerpräsident will das Thema Werften so schnell wie möglich vom Tisch haben, und dort soll es auch möglichst nicht mehr auftauchen. [...]

Insgesamt müssen wir feststellen, dass alles, was uns hier vorliegt, nicht bis zu Ende gedacht und durchdacht ist. Deswegen liegt Ihnen unser Änderungsantrag vor. [...]“
Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/1809



Foto: Jens Büttner

Unterausschuss

Laut § 25 der Geschäftsordnung des Landtages steht es den Ausschüssen frei, Unterausschüsse einzusetzen. Im Finanzausschuss liegt bisher ein Antrag auf Einsetzung eines entsprechenden Unterausschusses Bürgschaften nicht vor.

Wolfgang Waldmüller, CDU:

„Undiplomatische Wahlkampfretorik“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe bereits in der vergangenen Landtagssitzung darauf hingewiesen, dass sich Bundes- und Landesregierung über eines im Klaren sind: Wer die maritime Wirtschaft im Land stabilisieren will, muss auch künftig zu einem starken Engagement bereit sein. Und in der Vergangenheit haben Bürgschaften und Darlehen des Landes und des Bundes wiederholt zur Sicherung der Standorte und der Arbeitsplätze auf den Werften in Mecklenburg-Vorpommern beigetragen. Insbesondere ohne die Hilfen des Bundes wäre es in der Vergangenheit kaum möglich gewesen, Zukunftsperspektiven für die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Es gibt viele Beispiele konkreter Hilfen, ich hatte das im letzten Landtag gesagt, wie die Mittel der Beschäftigung und Ausbildung, das Milliarden-Euro-Sonderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau und das Haftungsrisiko oder die Haftungsübernahme des Bundes. Ohne Frage, dieses Engagement muss intensiv fortgeführt werden, und dafür wollen wir auch in Zukunft werben. Mehr noch, mit den Hilfen aus der Vergangenheit verbinden wir auch die Hoffnung auf ein weiteres Engagement. [...]

Ich habe es in der vergangenen Landtagssitzung auch gesagt und ich sage es auch heute wieder: Es ist nicht klug – unabhängig von Wahlkampf und Parteizugehörigkeit –, die gebende Hand zu schlagen, unabhängig davon, wer einem diese reicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Die mit der Brechstange vorgetragene Forderungsmentalität im Antrag der Grünen, Herr Saalfeld, ist nichts als undiplomatische Wahlkampfretorik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

// Heute geht es um ein klares Bekenntnis zu den Werften in M-V. //

Was Sie da tun, das hilft weder der Werftindustrie, weder den Zulieferern noch den Mitarbeitern, es hilft kein Stück!

Meine Damen und Herren, [...] der Rückzug der Banken hat aber nicht nur zur Folge, über die Finanzierungsfrage, sondern auch über die Risikobewertung durch das Land nachzudenken. Bislang standen wir zusammen mit dem Bund bei der Ausreichung von Bürgschaften in der zweiten Reihe und konnten uns bei der Risikoeinschätzung hinsichtlich der zu gewährenden Bürgschaften auf die Bewertung und Einschätzung der finanzierenden Banken stützen. Lediglich ergänzende Details mussten geprüft werden. Bei einer weiteren Unterstützung durch Land und Bund ohne Finanzierungen kommen weitreichende Prüfungen auf das Land zu. Das zeigt, die privatwirtschaftliche Organisation der Schiffsfinanzierung ist damit derzeit kaum zu leisten.

Und aufgrund dieser Feststellung habe ich daher in der vergangenen Landtagsitzung eines geschlussfolgert: Die Herausforderung für den Schiffbau besteht weniger in der Konzeption, sondern vielmehr in der Finanzierung der Bauzeit. Und auch mit Blick auf den Antrag der Grünen und entsprechende Forderungen der Linken betone ich noch mal: Konzeptionelle Fragen werden unter anderem in dem von den Regierungsfractionen 2007 beantragten und fortgeführten Konzept ‚Zukunftsperspektiven der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern‘ beantwortet. [...]

Meine Damen und Herren, auch wenn jetzt die Situation der Schiffbaubranche komplizierter geworden ist, unser Bekenntnis zum Werftenstandort Mecklenburg-Vorpommern bleibt bestehen, fast möchte ich sagen, in guten wie in schlechten Zeiten.

Die Frage ist: Wie stellen sich Land, Bund und Werften den neuen Herausforderungen? Ganz klar: Die Zukunftschancen der Werften liegen im Spezialschiffbau und im Markt für Offshoreanlagen. Hier haben sich die Werften im Land auch bereits erfolgreich engagiert. [...] Und unser Wirtschaftsminister Harry Glawe hat sich – das wurde schon gesagt – auf der 8. Nationalen Maritimen Konferenz in Kiel dafür starkgemacht, dass dieses Programm fortgeführt wird. Diesen beherzten Einsatz für die Förderung der notwendigen Produkterweiterung, Produkterneuerung war sehr wichtig, denn das kann einen Beitrag dazu leisten, den Weg zur Erschließung neuer Märkte erfolgreich zu gehen.

Aber auch wenn dieser Weg erfolgreich beschritten wird, bleibt die Frage nach längerfristigen notwendigen Baufinanzierungsbedarfen bestehen, mehr noch, im Spezialschiffbau mit seinen speziellen Anforderungen ist diese Frage sogar besonders drängend. [...]

Und auf den Punkt gebracht, stehen wir damit vor zwei Möglichkeiten: Sie können vor einer komplizierten Situation

kapitulieren, oder wir stellen uns den veränderten Herausforderungen. Wir tun gut daran, uns für die zweite Möglichkeit zu entscheiden. Mit unseren vorhandenen Strukturen der maritimen Industrie, unseren modernen Schiffbaustandorten, unseren hoch qualifizierten Werftenmitarbeitern haben wir gute Karten in der Hand. Lassen Sie uns also über konkrete Bedingungen für den Erhalt der Werftenstandorte mittels landeseigener Bürgschaften reden! [...]

Im Übrigen gestatten Sie mir eine Anmerkung: Die Grünen scheinen sich über die Qualität der Arbeit im Landtag nicht ganz einig zu sein. Anders kann ich mir nicht erklären, dass Teile der Grünen-Fraktion in ihrem Antrag dem Parlament eine Wertschätzung entgegenbringen, die die anderen Teile eben dieser Fraktion offenkundig nicht mittragen, Herr Saalfeld, denn das eingeforderte Bekenntnis der Grünen steht ja im krassen Widerspruch zu Ihrem neuerlichen, sehr arroganten Ausfall. Falls Sie sich nicht erinnern können, dann möchte ich es Ihnen und Ihrer Fraktion gern ins Gedächtnis rufen, Zitat: ‚Ab 10 Uhr gibt es wieder Skandale, Tragödien, Kuriositäten und Absurditäten. Der Landtag MV startet mit seiner dreitägigen Sitzung.‘ Zitatende.

*(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh Gott, ist das harmlos!)*

Das twitterten Sie gestern um 9.22 Uhr. Liebe Kollegen, mit Seriosität und Wertschätzung des Landesparlaments hat das nichts mehr zu tun.

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Den Änderungsantrag der Linken, den lehnen wir ab. [...] Der Antrag der Linken zeigt gerade keine konkreten Handlungsmöglichkeiten auf, da der Landtag lediglich die beratenden Punkte zur Kenntnis nehmen soll und lediglich folgende Feststellung enthalten ist: ‚Der Landtag hält einen Bürgschaftsrahmen für erforderlich, der den Fortbestand aller Werftstandorte des Landes gewährleistet.‘

Meine Damen und Herren, wir wollen mehr. Wir wollen mit unserem heutigen Antrag den Startschuss für neue Überlegungen geben, wie die Werften im Land gesichert werden können. [...] Heute geht es um ein klares Bekenntnis zu den Werften in Mecklenburg-Vorpommern, und dieses Bekenntnis können Sie alle mit Ihrer Zustimmung heute abgeben. Nehmen Sie die Verantwortung an, Herr Holter! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Wortprotokoll

Die Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen:
www.landtag-mv.de (Plenarprotokollauszüge)

Minister Harry Glawe:

„Wir müssen ein neues System entwickeln“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Entschließung zum Erhalt der Werftenstandorte mittels landeseigener Bürgschaftsrahmen, die die SPD und die CDU heute als Dringlichkeitsantrag aufgesetzt haben, können wir [...] aus dem Wirtschaftsministerium nur begrüßen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Die Wirtschaft sieht das anders.)

Meine Damen und Herren, ich will mit einigen Dingen, die hier aufgeworfen wurden, ein bisschen aufräumen.

Wir haben zum einen einen 1-Milliarden-Rahmen für Bürgschaften, und 200 Millionen werden für konkrete Zweckbindungen, und zwar für die Werften, für die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, bereitgestellt. [...]

Die Werften sind Mittelständler, die haben nicht das Kapital, um der Finanzierung von großen Werften anderer Länder etwas gegenzuhalten. Das ist der Grund. [...]

Der Staat ist mit gefordert, Bürgschaften bereitzustellen, um Technologie, Innovation, Spezialschiffbau, [...] et cetera [...] zu ermöglichen, das, was als neue Chance auf dem maritimen Markt gesehen wird, wozu auch Nordic Yards in besonderer Weise jetzt aufgefordert ist, um Aufträge zu bekommen. Da müssen wir doch als Staat, als Land bereit sein, diese Baufinanzierungen zu begleiten. Das wollen wir, und das ist der Hintergrund, Herr Holter, nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Andreas Butzki, SPD – Helmut Holter, DIE LINKE: Das wollen wir auch.)

Und das Thema ist auf der 8. Nationalen Maritimen Konferenz in Kiel in besonderer Weise begrüßt worden [...] – ob das nun Werftarbeiter waren, ob das die IG Metall war oder ob es die Geschäftsführer von den Werften waren.

„ Wir müssen als Land bereit sein, Baufinanzierungen zu begleiten. “

Eigentlich ist das, was wir vorgetragen haben, dort von allen Fachleuten durchweg anerkannt worden. Und es gab sogar Lob von den Gewerkschaften [...] zu diesen Themen, meine Damen und Herren. [...]

Das Land und der Bund haben seit Jahren verantwortungsvoll gehandelt – ich will hier den 326-Millionen-Rahmen im Verhältnis 60/40 nennen. [...] Jetzt müssen wir ein neues System entwickeln, um mit dem Bund weiter die Partnerschaft aufrechtzuerhalten, um am Ende die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern in Schwung zu halten. Das ist das Ziel und dem wollen wir uns stellen. Und dazu ist die Landesregierung bereit. Glauben Sie doch nicht, dass wir nicht schon mit dem Bund gesprochen haben. Und es hilft ja gar nichts, immer auf Frau Merkel einzureden. [...]

Meine Damen und Herren, nach dem Rückzug der bisher in der Werftenfinanzierung engagierten Banken steht das Land vor der Entscheidung, in welchem Umfang es sich weiterhin für den Erhalt der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern [...] engagieren soll und kann. Im Hinblick auf die erhöhten Risiken und auch auf die haushaltspolitischen Spielräume können Obergrenzen festgelegt werden. [...] Innovation und Technologie sind wichtig, meine Damen und Herren. [...]

Im Hinblick auf die enormen Volumina der Bauzeitenfinanzierung und die damit verbundenen Risiken werden verantwortungsvolle und transparente Entscheidungsfindungen in den Verhandlungsphasen wichtig sein,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da brauchen wir keinen Druck zu machen.)

und an diesen Entscheidungsfindungen wird der Landtag beteiligt. Das Einbinden erfolgt auf der Grundlage fachlich beziehungsweise gutachterlich geprüfter Konzepte und Projekte sowie auf der Grundlage vorhandener Beschlussfassungen in den fachlichen Gremien der Landesregierung. Am Ende muss der Landtag darüber entscheiden.

Meine Damen und Herren, ich bin eigentlich froh, dass diese Willenserklärung zustande kommt, dass damit die Landesregierung einen klaren Handlungsrahmen bekommt und andererseits der Landtag und die Abgeordneten insgesamt auch in den Prozess der Meinungsbildung, zum Beispiel wie Bürgschaften, Großbürgschaften und Kredite gewährt werden, einen tieferen Einblick erhalten. [...]

Meine Damen und Herren, die Lenkungsgruppe hat die Aufgabe, die Entscheidungen für den Landtag, für den Unterausschuss vorzubereiten, der noch zu benennen und

Absender:

Unter den Einsendern verlosen wir attraktive Preise, die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Adressen werden nicht an Dritte weitergegeben.

Die Landtagsnachrichten habe ich

- als Besucher/in des Landtages mitgenommen
- als Besucher/in des Schlossmuseums mitgenommen
- von einer /einem Abgeordneten bekommen
- ich bin Abonnent/in
- ich möchte die Landtagsnachrichten kostenlos abonnieren

Schloss Schwerin, Sitz des Landtag Mecklenburg-Vorpommern, www.landtag-mv.de
©Foto: uwe-sinnecker.de

Entgelt
zahlt
Empfänger

Deutsche Post 
WERBEANTWORT

Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstrasse 1
19053 Schwerin

Mecklenburg
Vorpommern 
Landtag



Bitte
ausreichend
frankieren



auch zu besetzen ist. Das Verfahren ist noch zu besprechen, aber das ist Sache dieses Hohen Hauses. Und von daher kann die Regierung nur Hinweise geben, beschließen müssen es die Abgeordneten. Ich bin mir aber ganz sicher, dass wir Ihnen eine gute Entscheidung vorlegen können im Interesse der Beschäftigten auf den Werften, im Interesse der maritimen Wirtschaft, im Interesse der Sicherung der Standorte der Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Udo Pastörs, NPD:

„Verzerrung des Wettbewerbs“

Foto: Uwe Baleswski



„[...] Vorab meine grundsätzliche Bemerkung: Ich glaube, dass der internationale Schiffbau eines der wenigen großen Felder ist, die man nicht mehr als Klein-Klein betrachten darf. Die Internationalisierung des gesamten maritimen Bereiches hat auch die Bundesrepublik Deutschland sehr stark in eine harte internationale Wettbewerbsfähigkeit hineingebracht. Und wir wissen alle, dass eine ganz massive Unterstützung in diesem Bereich in Südkorea seit vielen, vielen Jahren zu beklagen ist, dass es da also eine ganz klare Verzerrung des Wettbewerbs gibt. [...]

Wer so redet, wie der Herr Ministerpräsident das hier vorhin getan hat, der sollte ganz klar sagen, und das hat er nicht getan, dass, wenn die Bundesregierung in der Zukunft nicht bereit ist oder in der Lage, massiv mitzuwirken an einer vernünftigen Finanzausstattung in Bezug auf Standorterhaltung von Werften in der Bundesrepublik, wird das durch die einzelnen Bundesländer nicht zu leisten sein.

Und was Mecklenburg-Vorpommern angeht, möchte ich jetzt versuchen, mal auf das eine oder andere einzugehen.

„ Den internationalen Schiffbau darf man nicht Klein-Klein betrachten. „

Wir haben von dem Spezialisten der Grünen gehört, dass sich die Bürgschaften des Landes orientieren müssten an den Bedarfen der Werften. [...] Dann sollten Sie konkret dem Parlament sagen, ob dieser Bedarf grenzenlos, endlos ad infinitum erhöht werden kann.

Wenn Sie unseren Haushalt betrachten, dann wissen Sie, dass das Land nach wie vor nahezu zehn Milliarden Schulden hat und dass wir eine Zinslast zu tragen haben, die bei ungefähr einer halben Milliarde liegt. Und wenn Sie den Haushalt kennen, dann wissen Sie auch ganz genau, dass das, was Sie hier eben gefordert haben, entweder eine unheimliche Eselei darstellt oder Sie versuchen, hier Wahlkampf zu führen. [...]

Jochen Schulte, SPD:

„Nicht aus der Verantwortung stehlen“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich will mich mal jetzt trotz der zwischenzeitlichen Redebeiträge bemühen, auf das einzugehen, was ich eigentlich vorhin auch noch ausführen wollte, warum und wieso aus Sicht meiner Fraktion oder der Koalitionsfraktionen der vorliegende Antrag auch im Hinblick auf den vorgesehenen Bürgschaftsrahmen von 200 Millionen Euro sinnvoll ist. [...]

Aber, sehr geehrter Kollege Holter, ich freue mich ja immer wieder über ihre grundsätzliche Kenntnis, was Sie, ob heute hier oder bei anderen Gelegenheiten, zur maritimen Wirtschaft abgeben. [...] Ich würde mich dann aber auch mal freuen, wenn Sie zum Beispiel heute an der Stelle die Kraft aufbringen würden, den zweiten Schritt zu gehen und tatsächlich Ihren Worten entsprechende Taten folgen lassen, um hier und heute zu bekennen, ja, wir unterstützen die Werften nicht nur mit Worten, [...] aber wir tun es dann auch, Herr Kollege Holter, mit Taten und stimmen dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu, der hier immerhin exklusiv 200 Millionen Euro für die Werftindustrie in diesem Land als Bürgschaftsrahmen vorsieht.

Und das, was Sie eben getan haben, was Sie auch in der Vergangenheit schon getan haben, diese Vermischung auf

der einen Seite des Bürgschaftsrahmen des Landes in Höhe von einer Milliarde Euro, zu sagen, oh, das ist jetzt zu viel gewesen, auf der anderen Seite wird er jetzt reduziert auf 200 Millionen Euro, das stimmt so gar nicht.

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das sage ich doch gar nicht.)*

[...] Sie selbst sagen, dass es so nicht stimmt, und jetzt in- zwischen sind es 200 Millionen. Ich sage das an dieser Stelle noch mal, es sind 200 Millionen Euro exklusiv für einen ein- zigen Wirtschaftszweig in diesem Land.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ein Fünftel
des gesamten Bürgschaftsrahmens! Ein Fünftel
des gesamten Bürgschaftsrahmens! Das ist es.)*

Das gibt es für keinen anderen Wirtschaftszweig in Meck- lenburg-Vorpommern. Auch das ist eine Wahrheit.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hatte das vorhin schon mal angesprochen: Warum denn 200 Millio- nen Euro? [...] Warum nicht 250, nicht 300, nicht 500 Millio- nen Euro? Und ich hatte es ja auch schon ausgeführt, dass 200 Millionen Euro angesichts der Finanzkraft dieses Landes eine Menge Geld sind, und dass es eben nicht nur um irgend- etwas Fiktives geht, sondern dass man tatsächlich damit rechnen muss, dass das auch in Anspruch genommen wird. Denn wenn eine Bürgschaft, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht mit dem Risiko behaftet wäre, im Zweifelsfall bei Ausfall der verbürgten Hauptforderung zur Zahlung fer- tiggestellt zu werden, dann bräuchte man keine Bürgschaf- ten. Oder um es einfach auszudrücken: Bei jeder Bürgschaft gibt es immer, und das betrifft nicht nur Landesbürgschaf- ten, das Risiko der Inanspruchnahme.

Deswegen sind 200 Millionen Euro äußerst real im Zusam- menhang mit den im Land zur Verfügung stehenden finan- ziellen Möglichkeiten. Und deswegen, sehr geehrte Kolle- ginnen und Kollegen, spiegeln diese 200 Millionen Euro auch den konkreten Bedarf in unserem Land wider und sind nicht, wie hier versucht wird, uns weiszumachen, aus der Luft gegriffen.

Ich will das mal an zwei Punkten verdeutlichen. [...]

Es gibt derzeit einen aktuellen Bedarf zur Absicherung von Bauzeitfinanzierung bei einer Werft in diesem Land, nämlich bei der Nordic-Yards-Werft, in einem ungefähren Volumen von 140 Millionen Euro. Gleichzeitig eröffnet das vorgese- hene Bürgschaftsvolumen einen weiteren Spielraum von 60 Millionen Euro, sodass auch für den Fall, dass kurzfristig die Absicherung anderer Aufträge im Land erforderlich wer- den sollte, das Land ohne Weiteres bei Bedarf einspringen könnte.

Und auf der anderen Seite, um auch mal das Volumen in ein Gesamtverhältnis zu stellen, ein paar andere Zahlen: Ich bin Anfang dieses Jahres in Hannover gewesen auf einer Ver-

„ Bei jeder Bürgschaft gibt es
das Risiko der Inanspruchnahme. „

anstellung des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema ‚Offshoreenergie – maritime Wirtschaft‘, und dort hat ein Vertreter der Werftindustrie gesagt, der Bereich Offshore- energie, so, wie er sich in Deutschland nach den Planungen der Bundesregierung darstellt, eröffnet [...] bis 2030 für die hiesige maritime Wirtschaft ein Umsatzvolumen von rund 25 Milliarden Euro.

2030 sind 17 Jahre von heute an gerechnet [...]. Und wenn Sie jetzt diese 200 Millionen als Beitrag dieses Landes neh- men [...] und dann zugrunde legen, dass wir ja nicht allein stehen, wir sind allein fünf Küstenländer – und ich bleibe dabei, ich habe es vorhin gesagt, Herr Kollege Holter, da zu- mindest gibt es offensichtlich Konsens, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht werden muss – wenn wir also diese fünf Bundesländer nehmen mit einem Volumen, nur in der Größenordnung Mecklenburg-Vorpommerns von 200 Milli- onen Euro, sind wir bei einer Milliarde Euro.

Wenn wir den gleichen Betrag noch mal nehmen und den Bund dazurechnen mit seiner gesamtstaatlichen Verantwor- tung, wie es in der Vergangenheit auch gelaufen ist, 50/50, dann wären wir pro Jahr mit einem Gesamtbürgschaftsvolu- men von zwei Milliarden dabei. Und wenn Sie das dann mal 17 rechnen, dann sind Sie nicht bei 25, dann sind Sie sogar bei 34 Milliarden Euro über 17 Jahre, nur um das mal deutlich zu machen, wie viel Geld tatsächlich auch 200 Millionen in der konkreten Situation sind.

Und natürlich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kann man sich immer die Frage stellen, was ist, wenn jetzt zum Beispiel in einem Jahr 60 Millionen Euro Bürgschaftsvolumen hier im Land nicht reichen würden. Aber die Frage werden Sie sich auch stellen können, wenn Sie statt 200 Millionen 250 oder 300 Millionen nehmen, weil Sie werden immer in die Situation zumindest hypothetisch reinkommen können, dass Sie sagen, da ist ein Auftrag mehr und da fehlen jetzt vielleicht fünf oder zehn Millionen an Bürgschaftsvolumen, um das abzusichern. Diese Frage, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden Sie erst in einem einzigen Augenblick wirklich beantworten können, und, sehr geehrte Kollegen, dann sollte man sie auch tatsächlich beantworten, wenn sich diese Situation real stellt. [...]

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch mal auf die Verteilung der Wertschöpfung in der maritimen Wirtschaft zwischen Nord und Süd eingehen. [...] Wir, als eines der finanzschwächsten Länder in Deutschland, tragen die Risiken, deren Nutzen zu einem nicht unerheb- lichen Teil Unternehmen und damit der Finanz- und Wirt- schaftskraft in anderen Bundesländern zugute kommt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

[...] Es kann vor diesem Hintergrund eben nicht angehen,

dass der Bund, wie es derzeit geschieht, sich aus der bisher hälftig mit den Ländern durchgeführten Absicherung der Schiffbauten durch Bürgschaften zurückzieht und Länder wie Mecklenburg-Vorpommern, aber auch eben die anderen Küstenländer, allein mit dieser wirtschaftlichen Aufgabe lässt. [...]

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch das muss man deutlich sagen, wir werden dieses Ziel eben nicht erreichen, nicht mal ansatzweise, wenn wir, wie es der eine oder andere heute hier gesagt hat, von vornherein gegenüber dem Bund und insbesondere – da muss man ja offensichtlich differenzieren beim jetzigen Zustand der Bundesregierung – gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister erklären, im Zweifelsfall brauchen wir euer Engagement nicht, wir ziehen das zur Not auch allein durch. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Politik, das ist nur noch bloße Selbstüberschätzung.

Und, meine Damen und Herren, es ist ja schon darauf hingewiesen worden, Herr Kollege Holter hat sie, wenn ich das richtig im Kopf habe, sinngemäß zitiert: Die Bundeskanzlerin hat Anfang dieses Monats in Kiel eben die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die Bundesrepublik Deutschland unterstrichen. Und am selben Tag [...] hat der Bundeswirtschaftsminister sinngemäß in Kiel erklärt, ich sage es jetzt mal mit meinen Worten: Das ist mir doch völlig egal, was die Bundeskanzlerin sagt, zusätzliche finanzielle Mittel oder Bürgschaften für die maritime Wirtschaft seitens des Bundes werden nicht zur Verfügung gestellt.

Und das muss man dann aber auch zu Ende denken, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. [...] Es ist das Agieren des Bundeswirtschaftsministeriums gewesen, das unser

Land in eben diese Situation gebracht hat, in der wir heute sind, in der wir handeln müssen, wenn wir nicht mit weiteren massiven Nachteilen für unsere Wirtschaft rechnen wollen, [...] wenn wir nicht damit die wirtschaftlichen Chancen unseres Landes gerade im Bereich der maritimen Wirtschaft in enger Verknüpfung mit dem ganzen Thema Offshoreenergie und Energiewende auf Dauer verspielen wollen. [...]

Ich bin mir vielmehr sicher, sehr geehrte Kollegen, dass der Bundeswirtschaftsminister genau weiß [...], dass der Erfolg der Energiewende maßgeblich auch von der Leistungsfähigkeit der maritimen Wirtschaft im Offshorebereich abhängt. Aus diesem Grund werbe ich so ausdrücklich dafür [...], doch noch über Ihren Schatten zu springen, auch wenn Sie Probleme sehen. [...] Gerade vor dem Hintergrund, was da geschieht im Bundeswirtschaftsministerium, nämlich dass der Bundeswirtschaftsminister weiß, dass der Erfolg der Energiewende maßgeblich auch von der Leistungsfähigkeit der maritimen Wirtschaft im Offshorebereich abhängt, dass wir heute aus diesem Grund denjenigen, die damit letztendlich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Chance zum Umbau unserer Energieversorgung und damit weite Teile unserer Wirtschaft aus kurzfristigen, vielleicht auch tatsächlich nur parteipolitischen Überlegungen torpedieren wollen, nicht dadurch auch noch unter die Arme greifen, dass wir uns hier und heute aus der Verantwortung stellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage das so deutlich: Verantwortungslosigkeit, und das richtet sich nicht an Sie, darf auf diese Weise nicht noch honoriert werden. [...]

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen meine Bitte noch mal: Stimmen Sie diesem Antrag zu! [...] – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit."



Foto: Fotoagentur Nordlicht Rostock

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Sie spielen mit dem Schicksal der Werften“

Foto: Cornелиus Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident Seling, ich finde es keinen feinen Charakterzug, den Oppositionsparteien zu unterstellen, dass sie die Werften nicht unterstützen wollen. Das, obwohl beide Schriftstücke, also sowohl der Änderungsantrag der Linken als auch der Alternativantrag der Grünen, und die zuvor gehaltene Rede [...] deutlich zum Ausdruck brachten, dass die Werften unterstützt werden sollen. Das finde ich einfach nicht fair. Und wenn Sie dann, Herr Seling, mich bewusst missverstehen wollen und daraus bei mir ein gestörtes Demokratieverständnis diagnostizieren, dann halte ich das für keinen guten Stil. Sie werfen mir vor, dass ich Frau Merkel auffordern wolle, Politik ausschließlich für ihren Wahlkreis zu betreiben [...]. Ich wiederhole deswegen noch mal meinen Satz, den ich vorhin gesagt habe, nämlich, dass Frau Merkel in ihrem Wahlkreis, in ihrem Land und für die nationale Aufgabe der Offshoreenergie in der Pflicht steht, und nicht nur in ihrem Wahlkreis. [...]

Herr Seling, ich habe kritisiert, dass SPD und CDU die Werften auf Kosten der Arbeiter und deren Familien gegen den Bund instrumentalisieren. Und da hört, wie gesagt, für mich der Spaß auf.

Durch die Absenkung des Bürgschaftsrahmens und der damit erhofften Unterdrucksetzung der Bundesregierung spielen Sie mit dem Schicksal der Werften.

Sie verschrecken Investoren für Stralsund, und zwar nur, weil Sie sich in der Wahlkampfzeit nicht trauen, die Verantwortung von Frau Merkel für diese nationale Aufgabe in aller Öffentlichkeit und mit Nachdruck herauszustellen. [...]

Diese klare Aussage fehlt im Antrag von SPD und CDU. Wir können ihn gern auch noch mal Satz für Satz durchgehen. Sie fehlt!

Herr Waldmüller, und wenn es wirklich das Einzige ist, was Sie mir in einer Debatte um einen der wichtigsten Wirtschaftszweige hier im Land entgegenwerfen können, nämlich dass ich einen winzigen Tweet bei Twitter abgesetzt habe, mit

„ Wenn Sie mich bewusst missverstehen wollen, halte ich das für keinen guten Stil. “

dem ich versucht habe, insbesondere junges Publikum für die doch eher trockene Materie der Landtagsarbeit zu interessieren, dann finde ich das alles recht harmlos. [...]

Ich möchte mit einer Bitte an die Koalition enden. [...] Haben Sie mehr Mut, gegen die Bundesregierung für Bürgschaften zu kämpfen! Ministerpräsident Seling forderte am Sonnabend in einem langen Interview einen Mentalitätswechsel im Land. Und damit müssen die Regierung und die Koalition, denke ich, als Erstes anfangen. Kämpfen Sie für unser Land in Berlin und bei Frau Merkel!

*(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das tun wir auch ohne die Grünen.)*

Ja, ich sehe es in Ihren Anträgen nicht, Herr Waldmüller. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Abstimmung

Die Überweisung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Finanz-, den Wirtschafts- und den Europa- und Rechtsausschuss wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Die Überweisung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU sowie des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE in den Finanz-, den Wirtschafts- und den Europa- und Rechtsausschuss wurde bei Zustimmung der Fraktionen von DIE LINKE und NPD mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Stimmenthaltung eines Teils der Grünen abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der NPD mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU abgelehnt.

Der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU wurde bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/1793
Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/1794
Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/1809*



Zeugenanhörung im Plenarsaal des Schlosses

Fotos: Jens Büttner

Erste Zeugen gehört

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu den P+S Werften begann Beweisaufnahme

Im April begann der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften Stralsund und Wolgast mit den Zeugenvernehmungen zum Themenkomplex „Treuhand“. Es geht darum, aus welchen Beweggründen, mit welchen Erwartungen und nach Maßgabe welcher Bedingungen für die spätere P+S Werften GmbH eine doppelstützige Treuhand eingerichtet wurde. Dazu hat der Ausschuss bisher insgesamt neun Zeugenvernehmungen durchgeführt.

Am 22. April standen neben Dr. Michael Axhausen (Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG) und Siegfried Crede (früher Hegemann-Werftengruppe, Volkswerft Stralsund) auch der Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium Hanns Christoph Saur dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort zur Lage der Werften im Zeitraum 2009/2010, den Hintergründen der dazu erstellten Gutachten und den damals getroffenen Entscheidungen.



Während Dr. Michael Axhausen vor allem die näheren Umstände des KPMG-Sanierungsgutachtens erläuterte, schilderte Siegfried Crede die Lage der Hegemann-Werften-Gruppe. Hanns Christoph Saur ging auf die Situation der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Am 29. April wurde die Zeugenvernehmung mit Dr. Carsten Wiebers (KfW IPEX), Dr. Claus Stoltenberg (NORD/LB) und Martin Hammer (K&H Business Partner) fortgesetzt. Die Bankenvertreter Dr. Carsten Wiebers und Dr. Claus Stoltenberg schilderten das Vorgehen bei der Schiffsfinanzierung und gingen auf die besonderen Bedingungen im Untersuchungszeitraum ein. Martin Hammer berichtete von seinen Bemühungen im Rahmen der Sanierung der damaligen Hegemann-Werften-Gruppe und erklärte, warum er den Prozess selbst nicht weiter begleitet hat.

Die meisten Zeugen hatten ihre eigenen Rechtsbeistände mitgebracht. Doch waren die Beratungen durchgehend von einer sachlichen Atmosphäre geprägt, die rechtliche Hilfe kaum erforderte. Die im Ausschuss vertretenen Fraktionen bekamen reihum Gelegenheit zu kurzen und prägnanten Fragen, die von den Zeugen beantwortet wurden. Dabei musste keiner auf seine Frage verzichten, alle Zeugenvernehmungen wurden im Einvernehmen aller Beteiligten beendet. Die Vernehmungen dauerten bis zu drei Stunden.

In der Sitzung am 13. Mai wurde mit den Vernehmungen von Maximilian Wauschkuhn, Stephan Kulenkampff und Christopher Seagon der erste Schwung von drei Sitzungen zur Beweisaufnahme abgeschlossen. Während Maximilian Wauschkuhn die Begleitung von Landesbürgschaften durch das Finanzministerium und die Rahmenbedingungen für das Landesengagement schilderte, berichtet Stephan Kulenkampff über die Einrichtung der doppelstützigen Treuhand für die P+S Werften GmbH aus Sicht des Rechtsanwalts der Hegemann-Gruppe. Christopher Seagon ergänzte die Informationen zur doppelstützigen Treuhand allgemein und im Besonderen zur HSW Treuhand, deren Beirat er – ebenso wie Stephan Kulenkampff – angehörte.

In seiner Beratungssitzung am 27. Mai entscheidet der Ausschuss dann in nicht öffentlicher Sitzung anhand der bisherigen Erkenntnisse über das weitere Verfahren und insbesondere weitere Vernehmungen.

Im Juni 2012 hatten Land und Bund innerhalb kürzester Zeit ein 152,4 Mio. Euro umfassendes Rettungspaket für die P+S-Werften Stralsund und Wolgast geschnürt. Mitte August, nach einem Geschäftsführerwechsel auf der Werft, wurde erklärt, dass dieses Geld bei weitem nicht reichen würde. Land und Bund stoppten darauf die Auszahlung der Rettungshilfen – bis dahin waren bereits 70 Millionen Euro geflossen. Ende August 2012 beantragte das Unternehmen Insolvenz. Um die Sachverhalte im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften aufzuklären, hat der Landtag im September 2012 auf Antrag der Oppositionsfraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Nachhaltiges Wirtschaften

Schweriner Konferenz zur Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der Ostseeregion

Am 12. April fand im Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine internationale Konferenz zur Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der Ostseeregion statt. Vertreter aus Wirtschaft und Forschung sowie BSPC-Vizepräsident Vejonis und weitere Parlamentarier der Ostseeparlamentarierkonferenz kamen im Schweriner Schloss zusammen.

In den vergangenen Jahren haben die Ostseeparlamentarier in verschiedenen Arbeitsgruppen Positionen in den Bereichen „Integrierte Meerespolitik“ und „Nachhaltiges Wachstum & Energieeffizienz“ erarbeitet. Ziel der Schweriner Konferenz war es, die Erkenntnisse der Arbeitsgruppen zusammenzuführen und fortzuentwickeln. Mit der Schiffbau-, Hafen- und Offshorewindenergie-Industrie standen die Wirtschaftssektoren im Fokus, die nach Einschätzung von Sachverständigen das Potenzial haben, nachhaltigen Wohlstand in der Ostseeregion zu erwirtschaften. Hierzu stellten Vertreter verschiedener maritimer Wirtschaftszweige ihre Produkte und Lösungen vor und zeigten Herausforderungen auf, vor denen die jeweiligen Sektoren stehen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gemeinsam der Auffassung, dass dem maritimen Sektor bei der Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaft eine wichtige Rolle zukommt. Unter anderem stellte Scandlines sein Konzept für einen emissionsfreien Antrieb vor. Im Themenbereich „Offshorewindenergie“ hoben die Referenten vor allem die Chancen für die Werften hervor. Es wurden aber auch Probleme, unter anderem mit Blick auf die Planungssicherheit für Investoren, thematisiert. Von Seiten der EU-Kommission wurde betont, dass zwischen den einzelnen maritimen Wirtschaftssektoren zukünftig vermehrt Synergieeffekte ge-



Foto: Landtag M-V

Der Landtagsabgeordnete Jochen Schulte leitet die Konferenz.

schaffen werden müssen. Die EU unterstütze die Umsetzung innovativer Lösungen in der maritimen Wirtschaftsbranche mit diversen Struktur- und Forschungsprogrammen. Die gewonnen Erkenntnisse sollen Eingang in die Arbeit der Gremien finden, in denen der Landtag im Ostseeraum vertreten ist.

Zusammenarbeit

Landtag M-V und Sejmik Westpommern wollen auch bei der Energie enger zusammenarbeiten

Der Landtagsausschuss für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung führte am 17. April zusammen mit Vertretern des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern eine gemeinsame Sitzung in Stettin durch. Ziel der Beratung war es, Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen beiden Regionen zu entwickeln.

Vertreter beider Fachausschüsse bekräftigten ihren Willen zum Ausbau einer grenzüberschreitenden Modellregion für erneuerbare Energien. Dabei wurde kommunalen Energiepartnerschaften sowie Bioenergieidörfern eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Energiewende zugeschrieben. Vertreter beider Fachausschüsse forderten, die Einrichtung von Kompetenzzentren in ländlichen Regionen und struk-



Foto: Sejmik Westpommern

Kazimierz Drzazga, Vizepräsident des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern (li.), und Rudolf Borchert, Vorsitzender des Energieausschusses des Landtages M-V

turschwachen Grenzgebieten zu prüfen. Zudem seien der Netzausbau sowie die Netzangleichung durch eine Harmonisierung der Übertragungstechnik primäre Voraussetzungen für den gemeinsamen europäischen Strommarkt.

Weiterhin stimmte man überein, den Ausbau von Energieeffizienzmaßnahmen zur Minderung der Energiekosten für Unternehmen und Bürger sowie zur Reduktion der Schadstoffemissionen im Sinne des Klima- und Umweltschutzes voranzutreiben und die erneuerbaren Energien grenzübergreifend weiter auszubauen. Ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern könnten auch in der Woiwodschaft Westpommern Netzwerk- und Beratungsstrukturen für kommunale Gebietskörperschaften etabliert werden.

Alle Abgeordneten waren sich einig, dass es sinnvoll sei, auch zukünftig im Bereich der Energiepolitik verstärkt zusammenzuarbeiten. Ein nächstes Treffen ist bereits geplant. „Im Frühjahr 2014 werde wir die polnischen Kollegen nach Neustrelitz in das Landeszentrum für Erneuerbare Energien (LEEA) einladen“, so Ausschussvorsitzender **Rudolf Borchert** nach der Sitzung.

Viele Fragen geklärt

Öffentliche Anhörung im Agrarausschuss zu einem geplanten Waldtausch

Der Agrarausschuss hat am 18. April eine Öffentliche Anhörung zu dem von der Landesregierung beabsichtigten Waldtausch mit der Gut Stieten GmbH und Co. KG durchgeführt. Dabei ging es um die Wertermittlung der Tauschflächen, die Aktualität des Wertgutachtens, die Einbeziehung der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit, die Auswirkungen des Waldtausches auf die Landesforstanstalt, die Waldeigentumsstruktur in den betroffenen Regionen sowie die Bewirtschaftung des Waldes. Zu Wort kamen neben den Tauschpartnern und Gutachtern auch die Personalvertretungen des Forstbereiches.

Der Vorstand der Landesforstanstalt, Sven Blomeyer, sieht in der öffentlichen Anhörung einen wichtigen Schritt in Richtung Verfahrenstransparenz. Er hoffe, dass der Landtag dem Tauschantrag zustimmt. Seiner Meinung nach ergibt sich aus dem Tausch der Waldflächen ein Mehrwert für das Land. Außerdem sichere der in Aussicht gestellte Beförsterungsvertrag mit dem neuen Eigentümer in den Forstämtern Rothe-mühl und Gädebehn Beschäftigung.

Jedes Bewertungsverfahren habe seine Vor- und Nachteile, gab der Gutachter Prof. Dr. Wolf-Henning von der Wense zu bedenken. In jedem Fall stelle sich die Frage der Objektivität. Diese seien im aktuellen Gutachten seiner Auffassung nach zwischen den Partnern gut gelöst worden.

Der Sachverständige Holger Weinauge vom Büro Wald- und Landschaftsplanung dagegen hält den angestrebten Tausch für nicht wertgleich. Dem Land entstünden höhere Risiken bei zugleich geringeren Renditen.

Die Anwaltskanzlei des Gutes Stieten betonte, dass es das Interesse eines gemeinwohlorientierten Unternehmers im ländlichen Raum bleiben werde, einerseits in „Frieden und Verantwortung“ mit der Gesellschaft zu leben und andererseits seine Bewirtschaftung naturorientiert auszurichten.

Dem Bund Deutscher Forstleute liege der öffentlich-rechtliche Wald besonders am Herzen, sagte dessen Landesvorsitzender Peter Rabe. Es seien auch Alternativen zu erörtern, die das Land Mecklenburg-Vorpommern besserstellten, als es bis dato der Fall sei.

Felix Weisbrich von der IG BAU bekräftigte den Standpunkt des BDF: Ziel des Verfahrens müsse sein, für das Land das Optimum herauszuholen. Auch er begrüßte die Öffentliche Anhörung als Signal für Transparenz, Fairness und Aufklärung in dem Verfahren. Wichtig sei, der Bevölkerung nahezubringen, dass ihre Interessen gewahrt bleiben. Der Wald werde in beiden Regionen weiterhin den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Mit der Anhörung seien viele Fragen geklärt worden, sagte Agrarausschuss-Vorsitzender **Prof. Dr. Fritz Tack** mit Blick auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. Die Abgeordneten würden nun die Informationen analysieren und politisch bewerten.



Foto: Jens Büttner



Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller vertritt Mecklenburg-Vorpommern bei der 100. Plenartagung des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) am 11. und 12. April in Brüssel. Unter anderem ging es um den AdR-Haushalt für 2014. Detlef Müller sprach er sich mit der AdR-Mehrheit aufgrund der Sparzwänge auch in den Haushalten der Mitgliedstaaten für Kürzungen aus.

Föderalismuskommission

Landtage fordern gleichberechtigte Mitsprache

In einer gemeinsamen Beratung des Europa- und Rechtsausschusses und des Finanzausschusses hat Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die Ausschussmitglieder zum Beschluss der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente vom 10. bis 12. Juni 2012 in Dresden unterrichtet. Dort war die sogenannte „Dresdner Erklärung“ verabschiedet worden, mit der die Landtagspräsidenten eine gleichberechtigte Mitwirkung der Landesparlamente bei der Neugestaltung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen fordern.

Spätestens seit dem europäischen Fiskalpakt unterliege das Budgetrecht der Parlamente europäischen Vorgaben, sagte **Sylvia Bretschneider**. Weitere Kompetenzverlagerungen auf die europäische Ebene seien zu erwarten. Außerdem liefen im Jahr 2019 die aktuellen Regelungen zum Länderfinanzausgleich aus, und die ab 2020 geltende „Schuldenbremse“ untersagte eine Neuverschuldung der Länder. Zur Modernisierung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen, insbesondere des Länderfinanzausgleichs, sei aus Sicht der Landesparlamente eine neue Föderalismuskommission notwendig. Dabei müssten alle Beteiligten gleichberechtigt einbezogen werden, insbesondere die Landesparlamente. Bisher hätten die Vertreter der Landtage lediglich Rede- und Antragsrecht gehabt, jedoch kein eigenes Stimmrecht. Für eine aktive Vertretung der Interessen der Landesparlamente müsse sich dies ändern. Die Landtagspräsidentin empfahl den Abgeordneten, die Forderungen der Erklärung mit einem entsprechenden Beschluss zu unterstützen.

Die Ausschüsse des Landtages

Petitionsausschuss

Tel. 0385 / 525-1510

Innenausschuss

Ausschuss für Inneres und Sport

Tel. 0385 / 525-1520, innenausschuss@landtag-mv.de

Europa- und Rechtsausschuss

Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten

Tel. 0385 / 525-1530, europaausschuss@landtag-mv.de

Finanzausschuss

Tel. 0385 / 525-1540, finanzausschuss@landtag-mv.de

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft, Bau und Tourismus

Tel. 0385 / 525-1550, wirtschaftsausschuss@landtag-mv.de

Agrarausschuss

Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Tel. 0385 / 525-1560, agrarausschuss@landtag-mv.de

Bildungsausschuss

Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Tel. 0385 / 525-1570, bildungsausschuss@landtag-mv.de

Energieausschuss

Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung

Tel. 0385 / 525-1580, energieausschuss@landtag-mv.de

Sozialausschuss

Ausschuss für Arbeit, Gleichstellung, Soziales und Gesundheit

Tel. 0385 / 525-1590, sozialausschuss@landtag-mv.de

Enquete-Kommission

„Älter werden im Mecklenburg-Vorpommern“

Tel. 0385 / 525-1400, enquete@landtag-mv.de

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH

Tel. 0385 / 525-1600, pu1mail@landtag-mv.de

Vom Fürstensitz zum Zentrum der Demokratie

Das Meisterwerk des Historismus und seine
1000-jährige Geschichte

Als Märchenschloss wird der Prunkbau auf der Insel im Schweriner See gern bezeichnet. Und tatsächlich – mit seinen unzähligen Türmen und Türmchen, Obelisken und Schornsteinen, Zacken und Spitzen macht das Schweriner Schloss diesem Titel alle Ehre! Eingebettet in das schimmernde Blau der umliegenden Seen und das leuchtende Grün von Schloss- und Burggarten, verzaubert es Einheimische und Besucher gleichermaßen. Seit Ewigkeiten ist die Schlossinsel Zentrum der politischen Macht. Ehemals Stammsitz von Slawenfürst Niklot, dann Residenz der mecklenburgischen Herzöge und Großherzöge, ist das Schweriner Schloss heute Sitz des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Slawenburg der Obotriten

Der Weltreisende Ibrahim Ibn Jakub berichtet im Jahr 973 von einer slawischen Inselburg in einem Süßwassersee. Das gilt gemeinhin als erste Erwähnung eines Bauwerks auf der heutigen Schlossinsel. Eine Grenzburg der Obotriten – dem einst mächtigen Slawenstamm im Norden. Vom Ruhm ihres wohl bedeutendsten Fürsten Niklot kündigt heute das imposante Reiterstandbild über dem Hauptportal. Die gut fünf Meter hohe Statue erzählt ein Stück Heimatgeschichte. Legten Niklot und seine Söhne doch den Grundstein für das Herzogtum Mecklenburg, das bis 1918 von den Nachkommen der Dynastie beherrscht wurde.

Heim der Herzöge

Vom Jahr 1160 an wurde auf den Resten der alten Obotritenburg ein Schloss errichtet. Immer wieder erweitert und umgebaut, mauserte es sich zum fürstlichen Wohnsitz. Herzog Johann Albrecht I. schließlich schuf sich im 16. Jahrhundert ein befestigtes Renaissanceschloss. Der eifrige Verfechter der Reformation war auch Bauherr der Schlosskirche. Sie gilt als einer der ersten protestantischen Neubauten in Deutschland. Neben der Schlosskirchengemeinde nutzt auch der Landtag die Kirche, beispielsweise für die ökumenischen Andachten vor den Plenarsitzungen.

Der große Umbau

Für eine grundlegende Neugestaltung des Schlosses sorgte Mitte des 19. Jhd. schließlich Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin. Sein Hofbaumeister Georg Adolph Demmler hatte in die Entwürfe die Eindrücke einer ausgedehnten Studienreise zu Schlössern in England und Frank-

reich einfließen lassen, wobei insbesondere das Loire-Schloss Chambord Pate stand. Die Einweihung des neuen Schlosses am 26. Mai 1857 war ein rauschendes Fest. Der Preußische König reiste extra aus Berlin an. Drei Tage lang feierte die ganze Stadt.

Der Schlossbrand

Am 14. Dezember 1913 zerstörte ein verheerendes Feuer nahezu ein Drittel des Schlosses. Der Burgseeflügel brannte bis auf die Grundmauern nieder, die oberen Etagen des Schlossgartenflügels fielen in Schutt und Asche. Bis zum Ende der Monarchie 1918 war das Schloss zwar notdürftig wieder hergestellt, aber wertvolle Einbauten, wie die prächtige schwarze Marmortreppe und der prunkvolle Goldene Saal, waren unwiederbringlich verloren. Bauwerksuntersuchungen für den Neubau eines Plenarsaals in diesem Bereich haben gezeigt, dass die Brandschäden bis heute nachwirken und eine grundlegende Sanierung des Schlossgartenflügels unumgänglich ist.

Vielfältige Nutzung

Zur Zeit der Weimarer Republik und der Naziherrschaft diente das Schloss den vielfältigsten Zwecken: Verwaltungssitz, Schlossmuseum, Hygienemuseum, Bauernmuseum, Wehrmachtslazarett, Seuchenstation und Flüchtlingsunterkunft. Nach Kriegsende war es Sitz der Sowjetischen Militäradministration und dann der jungen Landesregierung, Tagungs-ort des Landtages, bis Anfang der 80er-Jahre Pädagogische Schule für Kindergärtnerinnen und beherbergte das Schlossmuseum, ein Museum für Ur- und Frühgeschichte und ein Polytechnisches Museum.

Baustelle Schloss

Das historische Schlossensemble ist ein Geschenk – zugleich aber auch denkmalpflegerische Verpflichtung. 1974 begann im Bereich des heutigen Schlossmuseums die schrittweise Renovierung der ehemaligen herzoglichen Prunkräume. Eine umfassende Sanierung jedoch startete im Jahr 1990 mit dem Einzug des Landtages. Ein Schwerpunkt war die Stabilisierung der Fundamente, denn das Schloss steht auf Tausenden von Eichenpfählen. Bei den Außenfassaden ist die Grundsanie- rung inzwischen nahezu abgeschlossen. Neue Baugerüste an einzelnen Fassaden zeugen davon, dass nun die Bauunterhaltung im Vordergrund steht. Auch im Schloss-Innenhof wurde in den vergangenen Jahren fleißig gebaut. Ziel ist es, auch diesen Bereich bald wieder für Veranstaltungen und Besichtigungen zugänglich zu machen. Insgesamt wurden seit 1990 rund 118 Mio. Euro investiert, um das Schloss für Touristen und Einheimische zu erhalten.

Die Schlosskirche

Die Schlosskirche gehört zu den ältesten Teilen des Schlossensembles, sie wurde 1560 bis 1563 unter Herzog Johann Albrecht I. als erstes protestantisches Gotteshaus nach der Reformation erbaut. In den vergangenen Jahren wurde sie umfassend instand gesetzt. Rund 4,5 Millionen Euro hat die Sanierung gekostet, überwiegend finanziert aus Landesmitteln. Aber auch rund 344.000 Euro aus der Spendenaktion „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“ flossen in die Baumaßnahmen. Ab



Foto: Uwe Sinnecker

Pfingsten 2013 – dem 450. Jubiläum der Kirchweihe – steht die Kirche wieder für Gottesdienste, Konzerte und Besichtigungen zur Verfügung. Übrigens: Auch wenn die Sanierung der Kirche abgeschlossen ist – es sind noch Sterne zu haben. Deren Erlös kommt der weiteren Schlosssanierung zugute.

Neubau Plenarsaal

Der jetzige Plenarsaal – sehr schmal und langgestreckt – bietet für die Debatten und Abstimmungen des Parlaments nur sehr unzureichende Bedingungen. Auch Besucher und Journalisten sind mit der schlechten Sicht und Akustik unzufrieden. Deshalb hat der Landtag den Neubau eines modernen Plenarsaals im Schlossgartenflügel beschlossen. Hier war einmal der legendäre Goldene Saal, der bis in den 6. Stock hinaufreichte und beim Schlossbrand vor 100 Jahren den Flammen zum Opfer fiel. Der verheerende Brand zeigt Folgen bis heute. Burgsee- und Schlossgartenflügel waren in den nachfolgenden Jahrzehnten mehrfach umgebaut worden. Die Tragfähigkeit der Decken, die dabei nachträglich eingebracht worden sind, entsprechen den heutigen Vorgaben längst nicht mehr. Somit muss der Neubau eines Plenarsaals mit der zeitgemäßen Sanierung des gesamten Schlossgartenflügels einhergehen.

Nachdem Anfang 2012 die Parlamentarische Baukommission des Landtages grünes Licht für den neuen Plenarsaal gegeben hatte, wurden zunächst die Stuhlreihen ausgebaut, die Wandverkleidungen entfernt und das Mauerwerk untersucht. 2013 beginnen die eigentlichen Sanierungs- und Umbauarbeiten. Eine große Herausforderung insbesondere für die Statiker. Fast 250 Tonnen Stahlbeton müssen aus dem einstigen Festsaal entfernt und sukzessive durch neue Lasten ersetzt werden, damit die Standfestigkeit des Schlosses nicht aus dem Gleichgewicht gerät.

Für die gesamte Baumaßnahme sind derzeit ca. 21,5 Millionen Euro vorgesehen. Mehr als 70 Prozent der Mittel fließen

in den Erhalt der Bausubstanz. Gelder, die auch unabhängig von dem Plenarsaalumbau aufgewendet werden müssen, um das Schweriner Schloss als bedeutendes Baudenkmal zu erhalten. Der Umbau des Festsalles in einen Plenarsaal sowie der Einbau eines Konferenzbereiches im jetzigen Plenarsaal kosten etwa sieben Millionen. Hinzu kommen ca. 4,5 Millionen Euro, u.a. für eine moderne Garderoben- und Toilettenanlage, sowie Nebenkosten, wie zum Beispiel Prüfungen und Genehmigungen. Schließlich ist ein Finanzpuffer von ca. 4,5 Millionen einkalkuliert, falls unvorhergesehene Risiken und Unwägbarkeiten bei der Sanierung auftreten. Eventuell 2019, so vorsichtige Prognosen, könnte das Baugeschehen abgeschlossen sein.

Residenzensemble Schwerin – Kulturlandschaft des romantischen Historismus

Im Sommer 2012 hat das Land Mecklenburg-Vorpommern das Residenzensemble Schwerin mit dem Schloss für die deutsche Vorschlagsliste zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste nominiert, wie auch als zweiten Kandidaten das Bad Doberaner Münster. Grundlage der Schwerin-Bewerbung war der sogenannte „OVU“ – ein kurzes, präzises Papier, in dem der Kunsthistoriker Dr. Christian Ottersbach den „outstanding universal value“ des potenziellen Welterbes begründet. Im Rahmen eines Schweriner Schlossgesprächs des Landtages im Frühjahr 2012 und auch beim „Tag der offenen Tür“ 2012 hatte Ottersbach den außergewöhnlichen universellen Wert des Residenzensembles öffentlich erläutert. Eine Dokumentation hierzu kann auf der Internetseite des Landtages M-V heruntergeladen werden. Auf Wunsch schickt der Landtag die Publikation auch gern zu. www.landtag-mv.de





Die Schweriner Schlosskirche wurde Pfingsten in neuem Glanz wieder eröffnet.

Neuer Glanz

Schlosskirche mit Festgottesdienst wiedereröffnet

Pünktlich zum 450. Geburtstag erstrahlt die Schweriner Schlosskirche in neuem Glanz. So hell, so strahlend und lichtdurchflutet konnte ich mir die Schlosskirche gar nicht vorstellen – das war die einhellige Meinung der Besucher des Festgottesdienstes am Pfingstsonntag.

Auch Bischof Dr. Andreas von Maltzahn, der in seiner Predigt allen herzlich dankte, die sich für die Sanierung engagiert hatten, meinte: „So heil und schön wie heute ist dieser Sakralbau vielleicht nie gewesen.“

Die Schlosskirchengemeinde kann ihr Gotteshaus jetzt wieder nutzen, und auch der Landtag wird seine traditionellen ökumenischen Andachten vor den Landtagssitzungen wieder dort abhalten. „Wir sind alle sehr froh und glücklich und davon überzeugt, dass die gemeinsame Nutzung der Schlosskirche durch die Schlosskirchengemeinde und den Landtag auch weiterhin kennzeichnend sein wird für eine gute Zusammenarbeit von Kirchengemeinde und Parlament“, sagte die erste Vizepräsidentin des Landtages Beate Schlupp anlässlich des Festgottesdienstes. Wenige Tage zuvor hatte sie den Bauleuten für ihre gute und pünktliche Arbeit gedankt und der Schlosskirchengemeinde ihr Gotteshaus wieder übergeben.

Die Gottesdienste in der Schlosskirche sind für viele Besucher auch noch durch einen zusätzlichen Aspekt geprägt: Viele fühlen sich hier besonders zuhause und beschützt, weil sie „unter ihrem Stern“ sitzen und diesen immer wieder betrachten können. Im Rahmen der vom Landtag initiierten Spendenaktion „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“ wurden bisher mehr als 5.700 der insgesamt 8.758 Sterne verkauft. Sternenpaten sind dabei nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Familien, Vereine, Verbände und Unternehmen. So schenken zum Beispiel die Helios-Kliniken Schwerin jedem hundertsten neugeborenen Baby einen Stern des Schweriner Schlosskirchenhimmels. Neuester Sternenpate ist übrigens Bundespräsident Joachim

Gauck, dem Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider anlässlich seines Besuches im Schloss am 28. Mai ein Sternenzertifikat überreichte.

Der Erfolg der Spendenaktion „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“, so Beate Schlupp, sei auch ein Zeichen der Verbundenheit und Identifizierung mit dem Wahrzeichen der Landeshauptstadt und mit der Schlosskirche. Bisher wurden rund 344.000 Euro an Sternenspenden eingenommen, die der Restaurierung der Schlosskirche zugute gekommen sind. Die Spendenaktion geht übrigens weiter – Erlöse fließen in die weitere Sanierung des Schweriner Schlosses.

Mehr Informationen zur Sanierung der Schlosskirche und zur Spendenaktion „Kauf dir einen Stern vom Himmel“ finden Sie auf der Internetseite des Landtages unter www.landtag-mv.de

Baufortschritt

Baugerüst am Burgseeflügel auch Grund zur Freude

Ärgerlich für Einheimische und Besucher, besonders wenn sie ein schönes Foto von Wahrzeichen der Stadt Schwerin machen wollen: Schon wieder stört ein Baugerüst an der Stadtseite des Schlosses die Optik. Die Bauverantwortlichen können der Tatsache aber auch Gutes abgewinnen.

Denn nachdem die Grundsanierung der Außenfassaden abgeschlossen ist, zeugen neue Baugerüste an einzelnen Fassaden davon, dass nun die Bauunterhaltung im Vordergrund steht – und die Sanierung des Schloss-Innenhofes. An der 1.400 m² großen Fassade des Burgseeflügels werden die Fenster des 1. bis 7. Geschosses aufgearbeitet, Risse in Fensterstürzen beseitigt sowie Schäden an Zierelementen und Fassadenputz saniert. Nach Angaben des verantwortlichen Landesbetriebes für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern (bbl-MV) sollen die Bauarbeiten bis Ende November abgeschlossen sein. Nicht nur optische Kosmetik sind die großen Stoffbanner am Baugerüst – sie werben zugleich für weitere Schlösser in Mecklenburg-Vorpommern.



Der Burgseeflügel des Schweriner Schlosses wird instand gesetzt.

Fotos: Landtag M-V

Das Schloss nach der Abdankung des Großherzogs Von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie – zwischen diesen beiden Eckpfeilern liegen viele Facetten der wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schweriner Schlosses im 20. Jahrhundert noch weitgehend im Dunkeln. Der Journalist Andreas Frost wird für die Landtagsnachrichten in den Archiven stöbern, Fachleute ausfragen und an dieser Stelle in lockerer Folge über seine „Entdeckungen“ berichten.

Foto: Uwe Sinnecker

Folge 8: Wechselvolle Zeiten

Das Schweriner Schloss hat wohl kaum wechselvollere Zeiten durchlebt als in den Jahren kurz vor und kurz nach 1945. Seit 1943 wurden in seinen Zimmern und Sälen vor allem verletzte Wehrmachtssoldaten behandelt. Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, waren die Schätze des Schlossmuseums längst ausgelagert. Der Kindergarten im Burgsee Flügel, wo seit 1939 Kinder betreut wurden, deren Mütter in „wehrwichtigen Betrieben“ arbeiteten, war geschlossen. Während das Lazarett offenbar bis Ende 1945 weiterbetrieben wurde, füllten sich wohl auch manche Schlossräume mit Flüchtlingen.

Anfang Januar 1946 beanspruchte die Sowjetische Militäradministration das Schloss für sich. Innerhalb von zwei Tagen hatten die Deutschen das Schloss zu räumen. Museumsmitarbeiter schafften es kaum, die Gemälde und Porzellane sowie die Trachten des Bauernmuseums aus den Luftschutzkellern zu holen. Vieles lagerte im kalten Winter gegenüber dem Schloss auf dem Alten Garten – und fand dankbare Abnehmer.

Nur ein Jahr später gab die sowjetische Militärverwaltung das Schloss zurück an die Landesregierung. Das Schlossmuseum wieder zu eröffnen, war nicht erwünscht, und in der von Flüchtlingen überfüllten Stadt auch nicht Priorität der sozialistisch dominierten Landesverwaltung. Obwohl sie im Schloss eher ein Relikt des Feudalismus sah, wollte sie den Landtag darin unterbringen. Durch Material- und Devisenmangel verzögerte sich die Einweihung des Plenarsaals bis zum Spätsommer 1949. Landtagspräsident Carl Moltmann musste persönliche Beziehungen spielen lassen, um aus Thüringen neue Schieferziegel fürs marode Dach zu bekommen. Dank des eigenen „kühnen Entschlusses“ sei das Schloss zum „Haus des mecklenburgischen Volkes umgestaltet worden“, sagte Moltmann während der feierlichen Eröffnung des Plenarsaals. „Unser Landtagsbau ist ein Beispiel des frisch zupackenden, aufbauenden, das Leben verändernden ... Geistes unserer Zeit.“

Umgestaltet worden war jedoch „nur“ das Innere des Burgsee Flügels. Außer dem Plenarsaal wurden zwischen dem zweiten und dem fünften Stockwerk eine Kantine, die Fraktionsbüros, die Landtagsverwaltung und unter dem Dach eine Wohnung eingebaut. Der große Rest des Schlosses war unterdessen anderen Institutionen vorbehalten. Aus heutiger Sicht war jede der klassischen drei Staatsgewalten vertreten – was im Sozialismus, der von der Gewaltenteilung wenig hielt, jedoch niemanden interessierte.

So hatten Volksbildungsminister Gottfried Grünberg und sein späterer Nachfolger, der kaum dreißigjährige Hans-Joachim Laabs, in der historischen Bibliothek im dritten Stock ihr Ministerbüro. Auch die Schulen und die Hochschulen wurden vom Schloss aus verwaltet. Vor allem im vierten und im fünften Stockwerk war die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung untergebracht – eine der wichtigsten Schaltzentralen des neuen Staates.

Im und um den Rittersaal herum waren zeitweise 150 Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes damit beschäftigt, die Volks-, die Betriebsstätten- und die Viehzählung vorzubereiten und auszuwerten. Immer wieder beschwerte sich ihr Leiter, dass für seine Leute nur eine Toilette vorgesehen war, was schließlich gegen „die Gesetze der Schicklichkeit“ verstoße. Aber auch sein Hinweis, dass der Verwaltungsgerichtshof bei deutlich weniger Mitarbeitern über zwei Toiletten verfüge, nützte vorerst wenig.

Im vierten Stock über der Schlosskirche wurde sehr konkret über einzelne Schicksale entschieden. In einer Handvoll Büros verfolgten der Generalstaatsanwalt und seine Mitarbeiter Nazi-Verbrecher genauso wie Bauern, die zu wenig abgeliefert hatten. Wer ein Stalin-Bild zertrümmert hatte, musste ebenso Strafverfolgung fürchten, wie jemand, der sich abfällig über den neuen Staat äußerte.

Als die DDR-Regierung 1952 die Länder auflöste, ging nach und nach die wohl wechselvollste Zeit des Schweriner Schlosses zu Ende. Ein eigenes Bildungsministerium wurde in Mecklenburg nicht mehr gebraucht. Das Schloss wurde für 30 Jahre hauptsächlich zum Sitz einer Pädagogischen Schule und zum Internat für die angehenden Kindergärtnerinnen.

Foto: Schweriner Schlossmuseum



Im Burggartenflügel wurde 1949 der Plenarsaal für den damaligen Landtag eingebaut. Dieser Raum wird seit 1990 wieder für die Debatten und Abstimmungen des Landtages genutzt.



Die JiL-Delegation bei der Preisvergabe in Berlin. Foto: Thomas Ernst

Preis politische Bildung

„Jugend im Landtag“ bundesweit ausgezeichnet

Große Freude im Landtag und beim Landesjugendring: Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat am 14. Mai in Berlin den diesjährigen „Preis Politische Bildung“ vergeben. Das Projekt „Jugend im Landtag 2012“ wurde dabei mit dem 2. Preis geehrt! Der erste Preis ging an das Projekt „Laut! Partizipation von Jugendlichen in Nürnberg“.

„Wir freuen uns natürlich sehr über die Auszeichnung“, sagte die Projektkoordinatorin Yvonne Griep. Der mit 5000 Euro dotierte 2. Preis gehe nicht nur an den Landesjugendring, sondern genauso an die engagierten Jugendlichen, Abgeordneten und Unterstützenden, fügte sie hinzu. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider sieht mit der Auszeichnung auch den Landtag gewürdigt. „Bei unserem Projekt Jugend im Landtag geht es uns um echte Beteiligung“, betont sie. Beweis dafür seien auch die starke Präsenz der Abgeordneten bei den Diskussionen mit den Jugendlichen und die konkreten Verabredungen für die Umsetzung von Ideen und Vorschlägen.

Sechs jugendliche Teilnehmer waren bei der Auszeichnung in Berlin dabei und berichteten von JiL12 und ihrem Engagement bei der Umsetzung der Verabredungen. Das Jugendbeteiligungsprojekt JiL lebe von den Begegnungen und Interaktionen der Jugendlichen mit den Abgeordneten des Landtages, betonte Yvonne Griep. Das sei 2012 wirklich sehr gut gelungen, und der Prozess, an den Ergebnissen weiter zu arbeiten, laufe noch. Das könne jeder im Weblog <http://www.jil.inmv.de> online nachlesen.



Foto: Cornelius Kettler

Der Miniatur-Park in Schwerin/Lankow ist um eine Attraktion reicher. Zu den insgesamt 260 Modellen von Gebäuden und Straßenzügen der Landeshauptstadt zählt nun auch das Schweriner Schloss im Maßstab 1:25. Der Park wurde seit 2006 von Ein-Euro-Jobbern auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gebaut.

Gewinnspiel des Landtages

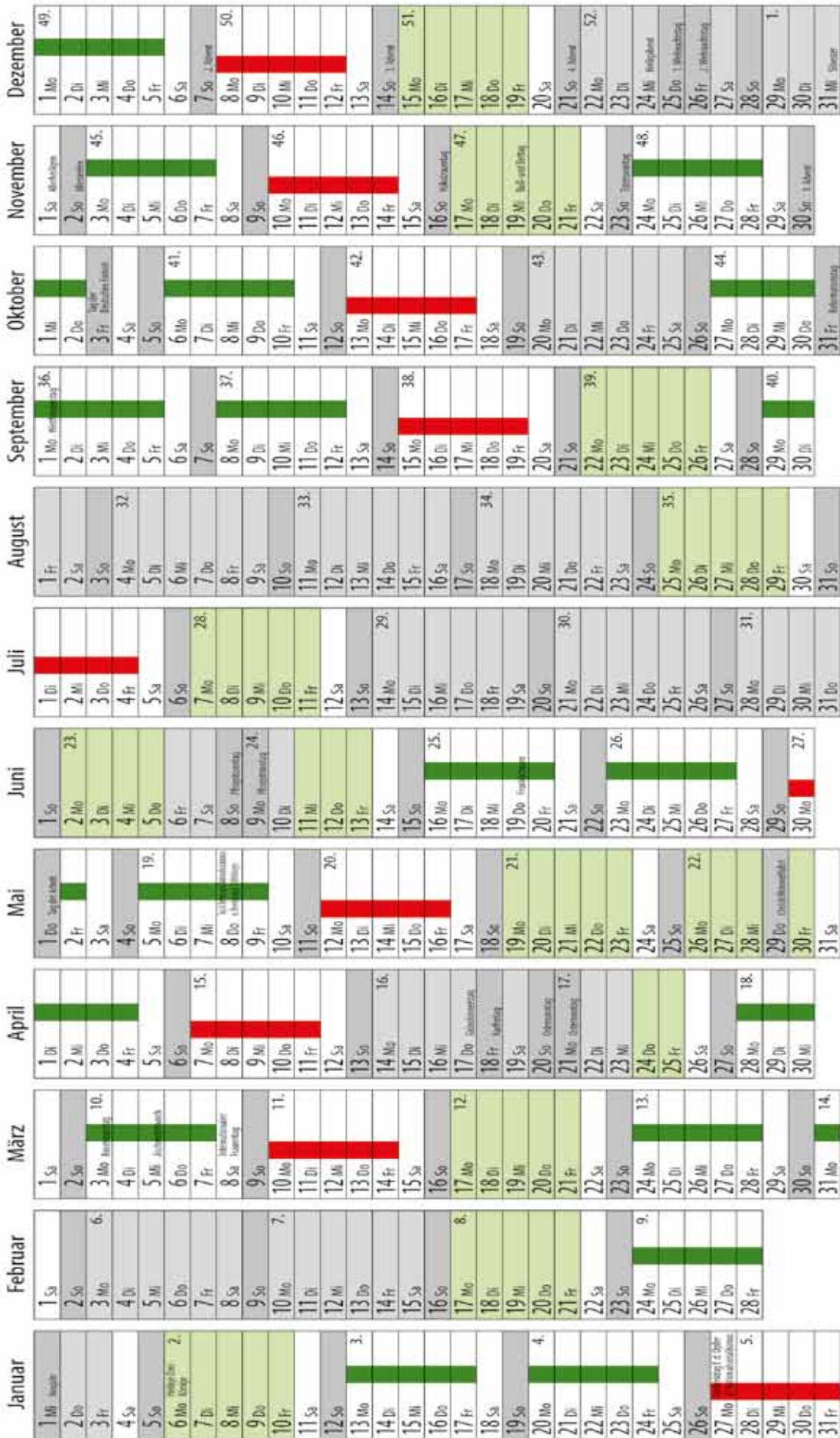
Schön, dass Sie in den LandtagsNachrichten lesen! Das zeigt, dass Sie sich für unser Land interessieren und neugierig sind, mehr über „Meckpomm“ zu erfahren.

Neugierig sind wir auch – wir wüssten zu gern, was für Sie der Grund war, das Heft mit dem „schönsten Landtagssitz Deutschlands“ auf der Titelseite in die Hand zu nehmen. Wenn Sie uns das verraten, machen Sie nicht nur der Redaktion eine Freude, sondern vielleicht auch sich selbst. Denn unter allen Einsendern verlosen wir attraktive Preise. Also: Investieren Sie wenige Minuten Zeit – wir freuen uns auf Ihre Post!

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben. Nicht teilnahmeberechtigt sind Abgeordnete des Landtages, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, der Fraktionen sowie Wahlkreismitarbeiter von Abgeordneten.

Die zweite Karte ist ein kleines Geschenk für Sie. Sie kennen doch bestimmt jemanden, der sich über einen Schloss-Gruß von Ihnen freut.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2014



Mecklenburg Vorpommern Landtag

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

Stand: 10. April 2013

■ Sitzungswochen Landtag
■ Sitzungswochen Landtagsausschüsse
■ Für Veranstaltungen der Fraktionen, die Wahlarbeit und Sonderzustellungen der Ausschüsse reservierte Zeit
■ Tagungswochen Deutscher Bundestag
■ Plenarsitzungen Bundestag
■ Sitzungsfreie Zeit

¹ Die Tagungswochen werden nach der Wahl durch den 18. Deutschen Bundestag beschlossen.
² Die Tagungswochen liegen nicht fest.



(Adressfeld für Abonnenten)

Die Landtagsverwaltung stellte sich am diesjährigen Girls' Day als Ausbildungsort für den Beruf „Fachinformatiker Fachrichtung Systemintegration“ vor. Die Siebt- bis Zehntklässlerinnen aus Alt Meteln, Lübow und Schwerin probierten sich dabei auch im Programmieren aus und warteten unter Anleitung Computer. Zum Besuch gehörten auch eine Führung durch den Landtag mit Blick in die laufende Plenarsitzung und ein Gespräch mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.



Der Landtag beteiligte sich mit einem Informations- und Mitmachstand am 1. Mai am Demokratiefest in Waren/Müritz und am 8. Mai am Friedensfest in Demmin. Am Stand des Landtages konnten sich Besucherinnen und Besucher über die Funktions- und Arbeitsweise des Landesparlaments und seiner Ausschüsse informieren, Abgeordnete sowie Mitarbeiter der Landtagsverwaltung standen für Gespräche zur Verfügung. Mit seinem Auftritt „Landtag vor Ort“ unterstützt der Landtag die landesweite Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider empfing am 7. Mai Vertreter der Herbert-Quandt-Stiftung im Schweriner Schloss. Gestiftet für die Lebensleistung des Unternehmers Herbert Quandt, setzt sich diese Stiftung für die Stärkung und Fortentwicklung einer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft ein. Mit Susanne Klatten (li.), Vorsitzende des Stiftungsrates, Vorstand Dr. Christof Eichert und Vorstand Dr. Roland Löffler sprach die Landtagspräsidentin über aktuelle Projekte der Stiftung im Land. Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit rund 160 Stiftungen über eine vergleichsweise geringe Stiftungsdichte. In Hamburg wirken beispielsweise mehr als 1.000 Stiftungen.



Am 15. Mai empfingen die Vizepräsidentinnen des Landtages, Beate Schlupp, Regine Lück und Silke Gajek, eine hochrangige Delegation der Republik Kolumbien im Schweriner Schloss. Die Gäste – überwiegend Abgeordnete des kolumbianischen Repräsentantenhauses – nahmen an einer Informationsreise zum Thema „Aufarbeitung und Versöhnung“ teil. Das Interesse der Delegation an den deutsch-deutschen Erfahrungen galt sowohl der Gedenkstätten-, Aufarbeitungs- und Erinnerungsarbeit als auch dem Themenkomplex Rehabilitation, Entschädigung und Wiedergutmachung.

